

Thorner Presse.



Abonnementspreis

für Thorn nebst Postfracht frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;

für Auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

Ausgabe

täglich 6 1/2 Uhr Abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:

Katharinenstraße 204.

Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstraße 204, Annoncen-Expedition „Invalidendank“ in Berlin, Haasenstejn u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dulles in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr Mittags.

Nro. 35.

Freitag den 11. Februar 1887.

IV. Jahrg.

* Falsche Gerüchte.

In der letzten Zeit sind die „Gouvernementalen“ — gouvernemental ist in den Augen unserer „Freisinnigen“ Jeder, der nicht Alles, was die Regierung will und thut, unbedenken für schlecht und verwerflich verspricht — mit Angriffen überschüttet worden, daß sie es wären, die das Kriegsfeuer schürten und Unruhe in die Bevölkerung trügen. Wir fragen dem gegenüber: hat die Presse der nationalen Parteien etwas Anderes gethan, als Thatsachen referirt und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen gezogen? Hat sie falsche Nachrichten kolportirt? Ist es nicht vielmehr die freisinnige und ultramontane Presse gewesen, welche Tag für Tag falsche Nachrichten jeder Art aufgetischt und ausgebeutet hat? Die nationale Presse hat auf die französischen Geldforderungen für Militärzwecke hingewiesen. Ja, ist es denn nicht wahr, daß vorgestern die französische Kammer debattelos — debattelos! — 86 Millionen für das Kriegsministerium und 30 Millionen für die Marine bewilligt hat? Ist es vielleicht nicht wahr, daß diese 86 Millionen nur die erste Rate einer auf mehrere Jahre vertheilten Gesamtsforderung von 300 Millionen bilden? Das sind Thatsachen und diesen Thatsachen gegenüber kann es nicht zu viel verlangt sein, wenn wir fordern, daß wir in unserer Heeresstärke nicht hinter Frankreich zurückbleiben. Die Erfüllung dieser Forderung wird ein bedeutender Moment der Beruhigung sein. Gestern noch ließ sich die freisinnige „Vossische Zeitung“ über London berichten, Fürst Bismarck habe die französischen Vorkämpfer Herbette dahin verständigt, daß wenn die französische Kammer die Vorschläge über die Getreidezölle vor den Kriegskrediten diskutiren und ein französischer Minister bei passender Gelegenheit erklären würde, im Falle eines Krieges in Passender Weise Frankreich neutral bleiben, dies eine beschwichtigende Wirkung in Deutschland ausüben dürfte. Nun kommt die Bewilligung der Kriegskredite durch die französische Kammer; von einer solchen Erklärung eines französischen Ministers, wie sie nach der „Voss. Ztg.“ deutscherseits gewünscht worden sein soll, ist keine Rede. Was immer an der Nachricht des genannten Blattes sein möge, so viel ist doch sicher, daß dieselbe zur Beruhigung nicht dienen kann. Die nationale Presse hat auf die umfangreichen Pferdeankäufe der französischen Regierung aufmerksam gemacht. Auch hier handelte es sich um eine Thatsache, welche bald genug ihre Bestätigung durch die Pferdeausfuhrkote der deutschen, österreichischen und russischen Regierung erhielt. Ebenso beruhte die Mittheilung von der Errichtung französischer Baracken entlang der deutschen Grenze durchweg auf Wahrheit, und die deutsche Presse war verpflichtet, diese Thatsachen in das richtige Licht zu stellen. Schon um den Franzosen zu zeigen, daß wir auf der Hut sind. Die Behauptung, die nationale Presse habe unzutreffende, beunruhigende Nachrichten in die Welt gesetzt, stellt sich hiernach als eine Verleumdung dar. Wie hat sich aber die freisinnige und ultramontane Presse verhalten? Sie machte sich zum Sprachrohr für alle Alarmgerüchte englischer Zeitungen, sie legte dem Kaiser, dem Kronprinzen Äußerungen in den Mund, die nie gethan worden waren und noch vorgestern ließ sich das Berliner Tageblatt von der Börse berichten, dem Bundesrathe seien Vorlagen, betreffend die Verhängung des Belagerungszustandes über Elsaß-Lothringen, sowie betreffend die Ausgaben von 100 Millionen neuer Reichsschuldscheine, zugegangen. Diese Nachricht entbehrt jeder Begründung.

Von gut unterrichteter Seite wird versichert, daß eine solche Maßregel bisher überhaupt noch nicht in Anregung gekommen sei. Und wer hat denn das falsche Gerücht von der bevorstehenden Aufnahme einer Reichskriegsanleihe zuerst in's Publikum lancirt? doch wahrlich nicht die Offiziösen oder die nationale Presse! Die Fabrication von Tendenznachrichten wird in den freisinnigen Zeitungsredaktionen mit Eifer betrieben, und von dieser selben Seite will man der nationalen Presse den Vorwurf machen, daß sie das Publikum durch tendenziöse Mittheilungen über die Lage beunruhige.

* Politische Tageschau.

Wieder bringt uns der Telegraph einen neuen Beweis, daß der Papst in klaren deutlichen Worten das Zentrum aufgefordert hat, für das Septennat zu stimmen und so die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen. Wir meinen den Wortlaut des dem bereits bekannten Schreiben des Kardinals Zabotini vom 21. Januar vorausgegangenen ersten Schreibens des Kardinals Zabotini an den päpstlichen Nuntius in München vom 3. Januar, welches bekanntlich von den Führern dem Zentrum unterschlagen wurde. Hier ist es: „Rom 3. Januar 1887. An Monsignor di Pietro, apostolischen Nuntius, München: Hochwürdigster Herr! Aus meinem Telegramm vom 1. d. Mts. haben Sie ersahen, daß allernächstens der Entwurf zur schließlichen Revision der preussischen kirchenpolitischen Gesetze vorgelegt werden wird. Man hat darüber ganz kürzlich formale Zusicherungen gehabt, welche die früheren dem heiligen Stuhl zugegangenen Nachrichten bestätigen. Sie können somit den Herrn Windthorst in dieser Hinsicht beruhigen und die Zweifel, welche derselbe in seinem, Ihrem letzten geschätzten Berichte beigefügten Schreiben ausgesprochen hat, zurückweisen. Im Hinblick auf diese nahe bevorstehende Revision der Kirchengesetze, welche, wie Grund ist anzunehmen, befriedigend ausfallen wird, wünsche ich der Heilige Vater, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats in jeder demselben möglichen Weise begünstigt. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Regierung auf die Annahme dieses Gesetzes den größten Werth legt. Wenn es nun in Folge dessen gelingen sollte, die Gefahr eines nahen Krieges zu beseitigen, so würde das Zentrum sich sehr verdient gemacht haben um das Vaterland, um die Humanität und um Europa. Im entgegengesetzten Falle würde man nicht verfehlen, ein feindseliges Verhalten des Zentrums als unpatriotisch zu betrachten und eine Auflösung des Reichstags werde auch dem Zentrum nicht unerhebliche Verlegenheiten und Unsicherheiten bereiten. Durch Zustimmung des Zentrums zu der Septennatsvorlage würde aber die Regierung den Katholiken wie auch dem heiligen Stuhl immer geneigter werden und auf die Fortdauer der friedlichen und gegenseitig vertrauensvollen Beziehungen zu der Berliner Regierung legt der Heilige Stuhl keinen geringen Werth. Sie wollen daher die Führer des Zentrums aufs Lebhafteste dafür interessiren, daß sie ihren ganzen Einfluß bei ihren Kollegen anwenden und dieselben versichern, daß sie durch Unterstützung des

Septennats dem heiligen Vater eine große Freude bereiten, und daß das für die Sache der Katholiken sehr vortheilhaft sein wird. Wenn diese letzteren auch in Folge der neuen Militärgesetze immerhin neue Lasten und Beschwerlichkeiten entgegensehen, so werden Sie andererseits entschädigt werden durch den vollständigen religiösen Frieden, welcher doch das höchste aller Güter ist. Indem ich vorstehende Betrachtungen Ihrem Takte und Ihrer Umsicht anvertraue, bin ich überzeugt, daß Sie den in Betracht zu ziehenden Personen und Verhältnissen gegenüber davon Gebrauch machen werden, gezeichnet Kardinal Zabotini.“ Der Papst hatte also bereits am 3. Januar gewünscht, daß das Zentrum die Vorlage des militärischen Septennats begünstige, weil die Fortdauer der friedlichen und gegenseitig vertrauensvollen Beziehungen zwischen der Berliner Regierung und dem heiligen Stuhl dadurch gesichert bleibe. Ausdrücklich wünschte der Papst, die Führer des Zentrums aufs Lebhafteste dafür zu interessiren, ausdrücklich forderte er sie auf, ihren ganzen Einfluß auf ihre Kollegen auszuüben, für das Septennat zu werben. Das Gegentheil geschah, Windthorst unterschlug das Schreiben, das Zentrum stimmte geschlossen gegen das Septennat. Doch das sind Alles geschehene Dinge und retropektive Politik zu treiben ist nicht immer Sache eines Politikers. Es ist aber geradezu lächerlich, wenn die Gegner des Septennats, für welche der Kollektivname „Verlegenheitspartei“ recht gut paßt, heute behaupten, hinter den Kulissen verstanden sich Kurie und Zentrum. Die Freisinnigen haben diese welterschütternde Entdeckung gemacht, ihre Presse, darunter unsere Ostdeutsche posant es jubelnd in die Welt. In der irrenärztlichen Praxis wundert man sich über die sonderbaren Ideen eines an Verfolgungswahnsinn leidenden Kranken so leicht nicht; in der journalistischen Praxis läuft so manches mit unter, das man ruhig an sich vorbeirauschen läßt. So wollen wir es für unseren Theil mit dem „hinter-den-Kulissen-Verstand“ unserer lieben „Thorner Ostdeutschen Zeitung“ thun.

Trotz der Deklamation der Herren Windthorst und Genossen über die „Unmöglichkeit“ den Wünschen des Papstes in Bezug auf das Septennat zu entsprechen, thut das Zabotinische Schreiben die erwartete Wirkung. Ein Erlaß des Bischofs von Limburg Dr. Klein untersagt dem preussischen Clerus die Beteiligung an der Wahlagitation gegen das Septennat mit der Motivirung: den neugewählten Mitgliedern des Zentrums dürfe nicht ersichert werden den im Schreiben des Kardinal - Staatssekretärs Zabotini ausgedrückten Wünschen Rechnung zu tragen. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Erlaß nicht vereinzelt bleiben, daß, wie die „Nationalzeitung“ sagt, auch noch mancher andere Bischof seine Auslegung der päpstlichen Kundgebung derjenigen des Herrn Dr. Windthorst und der fortschrittlichen Presse entgegensetzt wird. Der „Westfälische Merkur“ schreibt: „Die Zentrumsabgeordneten könnten jetzt für das Septennat stimmen, sobald sich herausstellt, daß die Mehrheit ihrer Wähler dafür wäre, und ein solcher Umschwung der Stimmung ist immerhin möglich, wenn man sich den ungeheuren Eindruck vergegenwärtigt, den Worte des Papstes immer auf das katholische Volk machen.“ Wo bleibt da das „Unmögliche, das Niemand leisten kann“ des Dr. Windthorst?

Die Polit. Korr. schreibt: Wie unser mit den vatikanischen Kreisen in Fühlung stehender Korrespondent uns meldet, nehmen

44) Die einsame Insel.

Roman nach dem Englischen von Treuenfels.

(Nachdruck verboten.)

[Schluß]

„Ich liebe das Meer und fahre gern darauf herum. Ich bekam die Stadt satt, mietete einen Dampfer, und da mir gleich war, wohin wir fuhren, nahmen wir diesen Weg. Freust Du Dich denn nicht, mich zu sehen?“

„Gewiß, von ganzem Herzen? Ich schäme mich ordentlich, zu belennen, wie sehr ich mich freue; Florio, bist Du allein?“

Sage mir nicht, daß Du diesen ganzen Weg allein gemacht hast!

Die freundlichen blauen Augen lächelten den stehenden auf sie gerichteten düsteren zu. „Ich habe natürlich die ganze Mannschaft des Dampfers, — das kann man nicht gerade allein nennen. Auch einige Passagiere sind bei mir. Da war ein tränklicher Geistlicher, welcher seiner Gesundheit wegen eine Gerechtigkeit machen sollte, den brachte ich mit; ich dachte mir, er könnte hier vielleicht Arbeit bekommen. Auch die Mädchen bestanden darauf, mitzureisen, und Du weißt ja, ich kann ihnen nichts verweigern. Das sind zwei kleine verwöhnte Tyrannen. Die Eine von ihnen ist jetzt schon fast ein Jahr mit Basil verheiratet und die Andere ist verlobt!“

Archibald schien kein Wort zu hören, seine Augen forschten in dem Gesichte des Gegenüberstehenden. „Sprich mir — von Vertha!“ bat er.

„D, meine Schwester! — Es kann Dir doch nichts daran liegen, von Einer zu hören, die Du zum zweiten Male freiwillig aufgabst, als Du Dich in die Einsiedelei zurückzogst.“

„Spiele nicht mit mir, Florio. Mir ist noch nie ein Jahr so lang geworden, wie dieses — nein, nicht einmal wie diese entsetzlichen andere! Ich habe meine Schuld zu sühnen, ihre Rührung durch meine Selbsterwindung zu gewinnen gesucht. Ich weiß es, daß ich nicht werth bin, ihre Hand zu berühren — doch ich muß sie sehen, wenn ich nicht sterben soll. Nimm mich mit Dir! Sie wird mich verachten, sie wird mich nicht anhören wollen, doch ich muß sie sehen — ich muß!“

„Ich sagte Dir ja, daß wir für meinen Geistlichen vielleicht Arbeit finden würden,“ unterbrach Florio ihn lachend. „Erspare

Dir diese heroischen Reden, Archibald; meine Schwester ist dort auf dem Schiffe und wenigstens ebenso begierig, Dich zu sehen, wie Du es scheinst, ihr zu begegnen. Soll ich die Leute mit dem Befehl zurückschicken, die Dame ans Land zu holen? Oder willst Du mit aufs Schiff kommen?“

„Ich möchte Vertha hier wiedersehen — hier, wo ich sie feig verließ, — hier — wo ich ein unschuldiges Herz brach.“

„Sel es denn! Die Zeit bringt zuweilen von selbst Genugthuung.“

Der Kapitän gab seine Befehle und die Leute ruderten schnell davon. Dann wandte er sich mit wahrhaft knabenhaftem Erdröthen an Ellerby und sagte: „Ehe sie kommen, muß ich beichten: Maude, Deine Tochter, hat mir versprochen, mich zu heirathen. Ich bin vierzig Jahre, — sie ist sechszehn, doch wir lieben einander, und — wirklich! — diese Liebe macht mich jung. Ich hoffe, sie glücklich machen zu können.“

„Ja, ja, Dein Herz ist jung geblieben, Florio!“

„So hast Du nichts dagegen? Herrlich, herrlich! Die kleine Erze wollte mich nicht ohne die Erlaubniß ihres Vaters heirathen, doch — wie ich sagte, ich brachte den Geistlichen mit, und die einsame Insel ist ein reizender Platz für unsere Trauung. Auch Du und meine Schwester — wenn Ihr miteinander ins Reine kommen solltet — Ihr würdet, nachdem Ihr Euch so lange entfremdet waret, wohl besser thun, Euch noch einmal trauen zu lassen.“

Florio lachte und rieb sich die Hände vor Freude.

„So weiß Vertha — daß — daß ich —“

„Ein Narr bin? — Ja das weiß sie schon seit dem Tage, an welchem wir von New-York abfegelten. Ich sagte es ihr nicht früher, bis wir auf dem Wasser waren, so daß ihr Wunsch, Dir sogleich zu vergeben, nicht zur Ausführung gelangen konnte. Die Weiber sind zu edelmüthig. Jetzt hat sie ein Jahr Zeit gehabt, es sich zu überlegen, und kannst Du sie Dir wiedergewinnen, so gebe ich Euch meinen Segen.“

Welche Feder könnte die Szene beschreiben, als die kleine Gesellschaft anlangte und an Ufer trat, während die Luft von Rosenästen erfüllt war und jede kleine Welle wie ein flüchtiger Diamant bligte! Wäre meine Feder dem Flügel eines Paradies-

vogels entsprossen und in das Blut der süßen Rosen getaucht, ich könnte es nicht.

Jakob war ganz felig und bereitete mit Hilfe der Schiffsvorräthe ein Bankett, das der Gelegenheit werth war.

Die kleine, unbeschreiblich glückliche Maude blickt stolz in das Gesicht ihres Kapitäns, während die beiden ihre Plätze unter den schlanken Palmen einnehmen und der Geistliche sie fürs Leben verbindet.

Dann kommt die zweite Ceremonie, bei der Archibald noch einmal den Trauring an den feinen Finger seiner Frau steckt.

Mrs. Basil kann ihren Thränen nicht gebieten, als sie auf ihre liebliche Mutter blickte, welche ihr ganzes Leben lang treu an dem Manne gehangen, den sie liebte, trotzdem er ihr so viele Leiden zugefügt.

Darauf folgten einige selige Tage stillen, fast überirdischen Glücks, und dann segelte der Dampfer mit seiner glücklichen, lebenden Ladung davon — läßt jedoch ein Paar zurück, das wenigstens eine kurze Zeit noch sein Dasein vor der Welt, welche es todt glaubt, verbergen will — Archibald und Vertha.

Man kann nicht sagen, daß die Beiden vollkommen glücklich sind — die Wunden der Vergangenheit haben ihre Narben hinterlassen. Doch die Frau ist liebevoll und zärtlich; der Mann kämpft gegen seine schon eingewöhnte Melancholie, und glückliche Stunden sind es, wenn sie auf die kommende Zeit blicken, wo sie an den Hoffnungen und Freuden ihrer Kinder thätigen Antheil nehmen werden. Denn es ist besprochen, das gegen Ende des Jahres Kapitän Bellize sie holen und mit sich nach Italien nehmen soll, — wo sie sich ein schönes Heim gegründet, wie es nur je ein Poet beschreiben könnte.

Da man nicht beabsichtigte, nach Ellerby zurückzukehren, ist diese Besitzung verkauft worden.

Jack Harron ist verschollen und sucht vielleicht sein Glück in fremden Ländern.

Die Sonne scheint, das Gras grünt, — der Schnee fällt auf das Grab Elisabeth's, das feurige, so leidenschaftliche und stolze Herz hat auf gehört zu schlagen und wird zu Staub, wie früher oder später jedes menschliche Herz.

die Unterhandlungen zwischen dem Vatikan und der preussischen Regierung den günstigsten Verlauf und lassen die baldige Erzielung eines vollen Einvernehmens hoffen. Gewiss sei, daß zwischen der Kurie und Berlin eine sehr weitgehende, wenn nicht allgemeine Revision der Waigefetze vereinbart wurde und daß ein Punkt derselben die Wiederzulassung der geistlichen Orden im Allgemeinen in Preußen bildet, wobei dahingestellt zu bleiben habe, ob der eine oder der andere Orden hiervon ausgenommen wurde.

Das der österreichischen Regierung bekanntlich nahe stehende Wiener Fremdenblatt schreibt im Hinblick auf die Aufregung, welche in Italien das Unglück von Saati erzeugt hat und insbesondere auf die Agitation, die sich in der Folge gegen den Grafen Robilant richtete: „Ein Wechsel in der Person des Leiters der auswärtigen Politik in diesen ersten Tagen wäre ein Ereignis von so gewaltiger Bedeutung, daß nur Gründe von zwingender Notwendigkeit dazu führen könnten. Nur eine von persönlichen Antipathien geleitete, kurzfristige Parteipolitik vermochte die Affaire von Saati zum Ausgangspunkte einer verhängnisvollen Agitation zu machen, die einen Staatsmann von Robilants Bedeutung regierungsmüde macht, die ihm das Vertrauen auf eine Stabilität der parlamentarischen Verhältnisse und damit auch auf die Möglichkeit einer konsequenten auswärtigen Politik erschüttert. Das Volk von Italien, die wahren Patrioten des Landes werden diese vom Parteisanatismus dirigierte Aktion niemals billigen; sie werden erkennen, daß Italiens Mission in Europa nicht abhängig sein kann von einer verunglückten militärischen Operation an der Grenze Abyssiniens, und daß die Erfüllung jener höheren Mission durch das Verhalten des Grafen Robilant auf seinem Posten nur gefördert und erleichtert werden kann. Schon heute hört man von den Anstrengungen ersterer Politiker, von den Bemühungen des Monarchen, die Rücktrittsgedanken Robilants zu zerstreuen, sein Verbleiben an der Spitze des auswärtigen Amtes zu ermöglichen. Im Interesse Italiens wie Europas ist es lebhaft zu wünschen, daß diese Bemühungen von Erfolg gekrönt werden, daß ein Staatsmann die Leitung der äußeren Politik des Königreichs behält, dessen sympathische und gewichtige Persönlichkeit allein schon eine Bürgschaft für die stete Wahrung der italienischen Interessen und des italienischen Ansehens in Europa ist.“

Die „Post“ schreibt: Im Figaro begehrt Aurelien Scholz, einer der fanatischsten Deutschhasser, eine Gemeinheit, welcher eben nur ein französischer Schriftsteller, dessen Gehirn mit allerlei schmutzigen Bildern angefüllt ist, fähig ist. Er schreibt: „Die Deutschen sind in diesem Angeblid sehr stolz über die Volksvermehrung im Deutschen Reiche, welche 9 Millionen seit dem Jahre 1870 beträgt; sie denken nicht daran, daß diese Vermehrung sich von dem Aufenthalt der französischen Gefangenen herleitet, welche sie auf alle Theile ihres großen Territoriums vertheilt hatten. Einhundert oder einhundertundfünfzig Tausend Gefangene, welche nichts zu thun haben, geben die Erklärung für die neun Millionen von Geburten. Die Gefangenen war jung, interessant.“ Die nachfolgenden Sätze sind so schlüpferig und so beleidigend für die deutschen Frauen, daß sie in einem phornographischen Blatte stehen könnten. Und doch giebt es deutsche Frauen, welche sich jetzt noch öffentlich rühmen, wenn auch nur in den Ablagerungsstätten alles antinationalen Giftes, durch Geldunterstützungen die oppositionellen Wahlen zu helfen, welche im Interesse der Franzosen liegen! Wie würde es werden, wenn die Franzosen als Sieger auf deutschem Boden ständen?

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Plenarsitzung vom 9. Februar.

Im Hause legte Kintelen (Centr.), der gestern seine frühere Zugehörigkeit zur Fortschrittspartei besprochen hatte, ein Exemplar einer von ihm 1861 gehaltenen Wahlrede auf den Tisch des Hauses nieder und theilte daraus unter ironischem Beifall der Rechten mit, daß er das Programm der Fortschrittspartei vertritt, das Ministerium Mantuffel bekämpfe und den Aufbau der Verfassung von Unten fordere. Dann wurde der Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen beraten. Die Kommission beantragte, daß die nächste Denkschrift der Kommission bei der Ueberfahrt der angekauften Güter auch die Rationalität der Vorbesitzer ersichtlich mache. Abg. v. Czarlinski (Polen) verurtheilte die gegen die Polen im vorigen Jahre getroffenen Maßregeln als eine Verfassungsverletzung gegenüber den Polen. Die Abgg. v. Liedemann, v. Meyer-Ranswabe, v. Rauchhaupt beschränkten die Schaffung größerer leistungsfähiger Bauerngüter, während Abg. v. Kottig für kleine Besitzungen plaidirte. Minister Dr. Lucius sagte eingehende Erwägung und eventuell Berücksichtigung der geäußerten Wünsche zu. Abg. v. Meyer und Szmulahielten das ganze Kolonisationsunternehmen für verfehlt, man würde unter den gestellten Bedingungen keine geeigneten Kolonisten bekommen; ersterer meinte, daß man viel besser durch Anlegung von Forsten und Anstellung von Förstern germanisiren würde. Abg. Dr. Windthorst brachte nochmals seinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt gegen das Gesetz zum Ausdruck und erklärte, gegen alle auf Grund desselben verlangten Bewilligungen zu stimmen. Für die Kolonisation in der angekauften Weise verwendeten sich noch die Abgg. v. Körber und Seer (natlib.) Schließlich kam es noch zu einer Auseinandersetzung zwischen den Abgg. v. Liedemann und Szmulah. Ersterer verlangte von den Polen eine Erklärung dahin, daß sie nicht auf eine Loslösung von Preußen hinarbeiten würden. v. Szmulah erklärte, daß die Polen im Hause die Verfassung beschwören hätten und dieselbe halten würden. v. Liedemann konstatierte, daß dies keine ausreichende Antwort auf seine Frage sei, worauf Abg. v. d. Redden Polen sekundirte, indem er meinte, daß es gefährlich sei, die Polen zu reizen, denn dadurch würde herbeigeführt, was man an die Wand male. Der Etat der Ansiedlungskommission wurde gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und der Polen angenommen, ebenso die erwähnte Resolution. Freitag: Etat der Bergwerksverwaltung.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Februar 1887.

— Se. Majestät der Kaiser empfing am gestrigen Nachmittage nach der Rückkehr von einer Spazierfahrt den Oberst-Jägermeister Fürsten von Pleß, verblieb dann aber während der Abendstunden im Arbeitszimmer. Später fand bei den Kaiserlichen Majestäten eine kleinere Theegesellschaft statt. Im Laufe des heutigen Vormittags hörte Se. Majestät der Kaiser zunächst den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher und empfing darauf im Beisein des Kriegsministers, General-Lieutenant Bronsart von Schellendorff, und des Chefs des Militär-Kabinetts, Generals der Kavallerie und General-Adjutanten von Albedyll, eine Kommission, welche Allerhöchstselben an

Mannschaften des Lehr-Infanterie-Bataillons das neue Infanterie-Gepäck, welches demnächst zur Einführung gelangt, vorstellte. — Mittags arbeitete Se. Majestät der Kaiser längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts, Wirkl. Geheimen Rath v. Wilmski, ertheilte Audienz und unternahm vor dem Diner in Begleitung des Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenants von Petersdorff, eine Spazierfahrt durch den Thiergarten.

— Dem Abgeordnetenhaus ist die neue Eisenbahnverstaatlichungsvorlage zugegangen. Danach soll die Staatsregierung ermächtigt werden zur käuflichen Uebernahme der Berlin-Dresdener, 2. der Nordhausen-Erfurter, 3. der Oberlausitzer, 4. der Aachen-Zülicher u. 5. der Angermünde-Schwedter Eisenbahn, sowie zur Wiederübertragung der Dresden-Elsterwerder der Berlin-Dresdener Eisenbahn an das Königreich Sachsen. § 2 der Vorlage ermächtigt die Regierung zum Umtausch von a) 15 750 000 Mark Stammaktien der Berlin-Dresdener Eisenbahn in 3 1/2 prozentige Konfols, b) 15 750 000 Mark Stammaktien derselben Bahn in 9 Millionen 3/4 prozentige Konfols, c) 3 750 000 Mark Nordhausen 1 339 285 Mark 71 Pfennige 4/4 prozentige Konfols, d) 4 500 000 Mark Nordhausen-Erfurter Stammaktien in 4 821 428 Mark 57 Pfennige 3/4 prozentige Konfols, e) 7 200 000 Mark Stammaktien der Oberlausitzer Bahn in 1 028 571 Mark 43 Pfennige 3/4 prozentige Konfols, f) 10 800 000 Mark Oberlausitzer Stammaktien in 10 285 714 Mark 29 Pfennig 3/4 prozentige Konfols, g) 4 800 000 Mark Aachen-Zülicher Stammaktien in 6 857 142 Mark 86 Pf. 3/4 prozentige Konfols, h) 1 800 000 Mark Aachen-Zülicher Stammaktien in 2 571 428 Mark 57 Pf. 3/4 prozentige Konfols, i) 855 000 Mark Angermünde-Schwedter Stammaktien in 122 142 Mark 86 Pfennige 3/4 prozentige Konfols, k) 855 000 Mark Angermünde Stammaktien in 325 714 Mark 19 Pf. 3/4 prozentige Konfols. Es sind hiernach insgesamt an Staatsschuldverschreibungen der 3/4 prozentigen Konsolidirten Anleihe 40 101 600 Mark auszugeben. Was die Wiederübertragung der Strecke Dresden-Elsterwerda an das Königreich Sachsen anlangt, so wird der sächsische Landtag im März zur Beschlußfassung über den Ankauf dieser Strecke durch den sächsischen Staat einberufen werden.

München 9. Februar. Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Regierungs-Präsidenten von Schwaben und Neuburg, v. Hörmann, ist der hiesige Polizeidirektor Baron Pechmann ernannt worden. An Stelle des Letzteren tritt der Oberregierungsrath Dr. v. Müller.

Trier, 8. Februar. Gestern wurde hier mittels Ausschleusens öffentlich bekannt gemacht, daß 3- bis 400 Arbeiter für Erdarbeiten in Weß zu 6 Mark Tagelohn bei sofortigem Antritt gesucht würden. (Aus Bingerbrück und Koblenz kommen ähnliche Mittheilungen.)

Ausland.

Wien, 9. Februar. Die Nachricht von der Rückkehr des General-Majors von Kaulbars nach Bulgarien wird in hiesigen unterrichteten Kreisen als durchaus unglaubwürdig erachtet.

Brüssel, 8. Februar. Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf wegen Bewilligung eines außerordentlichen Kredits ein. In demselben werden die außerordentlichen Ausgaben für das Jahr 1887 auf 50 Millionen Franken festgesetzt, von welcher Summe 29 Millionen auf die verschiedenen Ministerien und 21 Millionen auf das Kriegsministerium entfallen. Die Regierung hält es angeht, die neuesten Fortschritte für notwendig, die Bewaffnung der Infanterie und die Befestigungen zu erneuern; auch die Festungen Rüttich und Namur müßten umgebaut und erweitert werden. Für das Jahr 1887 werde die Regierung nur ein Drittel des Kredits nachsuchen. Der Minister fügte hinzu, die Lage der Finanzen erlaube dem Staatsschatz, schwere Lasten auf sich zu nehmen, die Regierung werde müheilos die nöthigen Hilfsquellen finden. Die Darlegung der Motive werden demnächst vertheilt.

Paris, 9. Februar. Die Kammer votirte die 86 Millionen Extrakredite des Kriegsdepartements ohne Debatte, einstimmig durch Handaufheben. Man hatte einen Augenblick geplant, eine Vertheilung der Kredite zu beantragen, hat den Plan aber aufgegeben, nachdem sich die Regierung und die Budgetkommission dagegen ausgesprochen hatten. Die Blätter kommentiren dies patriotische Votum ziemlich reservirt und betonen, daß darin keinerlei drohender Charakter, sondern vielmehr ein Uebergang des Friedens liege. Die Monarchisten fügen hinzu, daß dies Votum keine Manifestation für Boulanger sein solle. Goblet hatte privatim zu einem Deputirten bemerkt, daß jede Debatte und eine sich etwa daran knüpfende Erklärung der Regierung nur falschen Auslegungen Raum geben könnte. Nach dem Gaulois sagte Goblet ferner, daß er die deutsche Regierung über die Situation unterrichtet und letztere keinerlei Befremden daraufhin geäußert habe.

Lyon, 9. Februar. Gestern Abend plakten hinter dem Justizpalast zwei gegen ein Gitter des benachbarten Polizei-Kommissariats geschleuberte Bomben. Der Polizei-Kommissarius sowie zwei Polizisten, welche nach der Explosion der ersten Bombe aus dem Hause eilten, wurden durch die zweite leicht verwundet. Es wurden acht Verhaftungen vorgenommen.

London, 9. Februar. Die Sozialisten hatten in Folge des Verbots der Polizei von dem für gestern beabsichtigten Fackelzug zwar abgesehen, veranstalteten am Abend aber eine öffentliche Kundgebung auf Clerkenwell Green. Nach dem Schluß derselben wurden von einem Volkshaufen, der seinen Weg nach dem Osten der Stadt nahm, bei dem Durchziehen der Straßen mehrere Schaufenster eingeschlagen und mehrere Läden geplündert. Durch das Einschreiten der Polizei, welche mehrere Verhaftungen vornahm, wurde dem Unfuge schließlich ein Ziel gesetzt.

Rom, 9. Februar. Eine amtliche Depesche des Generals Gené an den Kriegsminister über die am 25. und 26. d. M. stattgehabten Kämpfe sagt: Das Verhalten der Truppen war ein glänzendes. Die Zahl der Todten beträgt 23 Offiziere und 407 Soldaten, die Zahl der Verwundeten 1 Offizier und 81 Soldaten. Alle Verwundeten befinden sich im Hospital von Massauah, der größere Theil derselben wird mit dem Postdampfer in die Heimath befördert.

Provinzial-Nachrichten.

* Kulmsce, 9. Februar. (Generalversammlung.) Montag den 13. März cr., Vormittags 11 Uhr, findet im Hotel „Deutscher Hof“ eine außerordentliche Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Zuckerfabrik Kulmsce“ statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Abänderung des § 13 des Statutes und zwar a. anderweite Bestimmung des Nebenpreises, c. im 4. Abschnitt soll „Zablonowo“ durch „Schönsee“ ersetzt werden, d. statutarisch festzusetzende Dividende, d. Nebenversicherung.

* Strassburg, 9. Februar. (Diebstahl.) Das Dienstmädchen sowie der Lehrling eines hiesigen Kaufmanns, wurden dabei ertappt, als sie Waaren ihres Herrn bei Fehlern verfilbern wollten. Die Diebereien sind seit Jahren betrieben worden.

* Dt. Eylau, 8. Februar. (Ein beim Betteln abgewiesener Strohh) schlug, über die Abweisung erobert, mit seinem Knüttel auf den Herrn ein, der sich erlaubt hatte, ihn abzuweisen. Es wird wahrscheinlich noch dazu kommen, daß der Herr Landrath in 4 spanziger Equipage den Herrn Strohh entgegenfahren und sie höflich ersuchen muß, bei ihm züchtig abzuschlagen.

□ Aus Westpreußen, 9. Februar. (Zahnreisen.) Ein Pferdehändler aus Sangerhausen, nennen wir ihn Andershausen, denn er schwadronirt manchmal gern, war kürzlich in Alstedt, woselbst er ein Pferd für den Preis von 250 Mk. an den dortigen Zahnarzt V. verkaufte. Käufer und Verkäufer gingen in das nächstgelegene Gasthaus, wo der Handelseins zu werden. Es handelte sich um 5 Mk., welche der Käufer von dem gestellten Preis abhandeln wollte. Der Verkäufer wollte aber erst nicht darauf eingehen, sagte jedoch zu V. scherzhaft: Na, es ist gut, Sie sollen das Pferd haben, aber Sie müssen mir für die 5 Mk. gelegentlich noch einen Zahn ziehen. Gut, sagt der Zahnarzt, ich habe grade alle nöthigen Instrumente bei mir und um meine Schuld los zu werden, wäre es mir sehr angenehm, wenn Sie gleich Zahnschmerzen hätten. Der Verkäufer glaubte natürlich, V. mache Scherz und sagte schließlich, sich auf einen Stuhl hinlegend: Na, melnetwegen, ziehen Sie einen Zahn heraus. V. fragt, welchen denn? Der Andere erwidert — „es ist ganz egal!“ — und hielt richtig den Mund offen hin. Der Doktor macht aber Ernst und zieht von ganz hinten einen großen, ganz gefunden Zahn aus. Das Gesicht hätten Sie sehen, den Schrei hören sollen! Das Gelächter der Umstehenden war fürchterlich, aber es half nichts mehr, der Zahn war fort, das Geschäft war abgeschlossen und der Händler mußte schließlich gute Miene zum bösen Spiele machen.

Marienburg, 8. Februar. (Ein betrübender Unfall) ereignete sich heute Nachmittag auf dem hiesigen Bahnhofs. Als der gegen 5 Uhr von hier nach Dirschau abzufahrende Güterzug sich eben in Bewegung setzte, war der Eisenbahnschaffner Schröder aus Dirschau noch bemüht, in aller Eile seinen Sitz zu erklimmen. Hierbei verfehlte er ein Trittbrett, fiel vom Wagen herunter und kam so unglücklich zu liegen, daß zwei Wagen über beide Beine hinweggingen und dieselben unterhalb der Knie zermalmeten. Der Verunglückte, dessen Schreien herzerreißend war, wurde mittels Traglörds ins hiesige kath. Krankenhaus geschafft. Dort ist er heute Abend gegen 10 Uhr bereits verstorben. Er hatte neben den Beinbrüchen auch Verletzungen der Rückenwirbelsäule und des Gehirns erlitten. Sch. war ein sehr solider pflichttreuer Beamter. Erst vorgestern hatte er das Examen als Zugführer bestanden.

Neue, 7. Februar. (Feuer.) Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde plötzlich Feuerlärm gemacht. Es brannte in der Strafanstalt. Ein Gefangener in Isolirhaft hatte seinen Strohsack in Brand gesetzt, um, wie er sagte, abermals vor Gericht gestellt zu werden, um seine Unschuld (er sitzt nämlich wegen Meineid, Betrug etc.) beweisen zu können. Das Feuer wurde schnell gelöscht.

Danzig, 8. Februar. (Zur Reichstagswahl.) Die gestrige stark besuchte Wahlversammlung der konservativen Partei einigte sich zu folgendem Beschluß: „Angesichts der dem Vaterlande drohenden Gefahren, welche die unverzügliche Annahme der Militärvorlage gebieterisch fordern, beschließen die am 7. Februar versammelten Wähler von Danzig, für die Reichstagswahl ausnahmsweise auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu verzichten, vielmehr unter voller Wahrung ihres konservativen Standpunktes und gesonderten Vorgehens bei den Wahlvorbereitungen dem liberalen Wahlkandidaten Herrn Kommerzienrath Böhm, der sich für das Septennat verpflichtet hat, ihre Stimmen zu geben.“ Heute Morgen ist bereits ein Wahlflugblatt der verbündeten Parteien ausgegeben worden, in welchem die Annahme des Beschlusses den Wählern Danzigs verkündet wird.

Flatau, 9. Februar. (Kriegerverein.) Auf Grund der Bestimmung des Kaisers, daß Offiziere zu Ehrenmitgliedern der Kriegervereine ernannt werden dürfen, hat der hiesige Kriegerverein sämtliche Ehrenmitglieder aufgenommen. In der letzten Monats-Versammlung des Vereins sprach Herr Landrath Conrad den Dank hierfür aus und ermahnte in zündender Rede die Krieger, stets treu zu stehen zu Kaiser und Reich. In derselben Versammlung hielt Herr Reichsschulinspektor Bennewitz einen Vortrag über Friedrich den Großen. Ueber die Feier des Geburtstages des Kaisers wird in der nächsten Monatsitzung Beschlus gefaßt werden. (D. B.)

Nikolaisen, 9. Februar. (Sonderbares Testament.) Im Dezember vorigen Jahres verstarb hier der Partikular H. Acht Tage nach seinem Tode machte seine 85 jährige Ehefrau, die schwer krank war, ihr Testament, in welchem sie dem 58 jährigen Schneidermeister L. die schöne Summe von 30 000 Mk. vermacht, allerdings unter der Bedingung, daß er die 85 jährige Wittve innerhalb vier Wochen heirathe. Die Trauung fand statt und der Schneidermeister gelangte nun den Besitz des Vermögens.

Lyd, 9. Februar. (Ein größlicher Unglücksfall) ereignete sich in letzter Zeit in einer Sägemühle bei Augustowo. In derselben wurden nämlich Bohlen geschnitten, wobei zwei Gesellen die Baumstämme ein- und absetzen mußten. Der ältere Geselle hatte sich Nachmittag auf den Hof begeben, um von dort etwas zu holen, während der andere, in etwas angetrunkenem Zustande, allein die Arbeit ausführte. Als nun der zweite Geselle in die Sägemühle zurückkehrte, bot sich ihm ein schauerhafter Anblick dar. Sein Kamerad war in das Getriebe der Säge geflohen und lag jetzt fleischig zwischen den Brettern. Auf denselben und auf den Sägen lebten überall Fleischstücke und rund umher war eine große Blutlache. Die Mühle wurde schnell in Ruhe gesetzt bis zur Ankunft einer Gerichtskommission. Diese hat nun festgestellt, daß der verunglückte Geselle im trunkenen Zustande zuerst mit irgend einem Kleidungsstücke in das Getriebe der Säge geflohen war, worauf sein Körper hineingezogen und vollständig zerstückt und in zwei Theile gerissen wurde. Der Verunglückte war noch jung und unverheirathet.

Bromberg, 9. Februar. (Aufgefundene Rindesleiche.) Gestern Vormittag wollten zwei Knaben in Schwittersdorf den dort in der Nähe der fließenden Papiermühle die Chauffee durchschnellenden Abzugskanal passiren. Als sie einige Schritte vorwärts gethan, fanden sie dort ein in Platten gewickeltes neugeborenes Rindlein tot auf der Erde liegen. Die Detektivbehörde, welche von diesem Fund benachrichtigt wurde, hat die kleine Leiche nach dem Gemeindefaule schaffen lassen, wo heute Nachmittag die Obduktion derselben stattfinden wird. Letztere wird ergeben, ob das Rind von seiner unnatürlichen Mutter getödtet oder ob nur ein Verbrechen im Sinne des § 221 des St.-G.-B. vorliegt. (D. L.)

Znowrazlaw, 9. Februar. (Verstärkung.) Das in der Friedrichstraße hieselbst belegene Kommissarius Volkmann'sche Grundstück ist für den Preis von 55 700 Mk. von Herrn Rittergutsbesitzer Kunkel aus Schönau erstanden worden. — Das von Herrn Kunkel gekaufte Volkmann'sche Grundstück ist gestern für den

Preis von 63 000 Mark an Herrn Sattlermeister Milde hiersebst weiterverkauft worden.

Wolin, 8. Februar. (Feuerbrunst.) Die Stadt Polnow ist gestern von einer erheblichen Feuerbrunst heimgesucht worden. Nach einer hierher gelangten telegraphischen Nachricht sind 24 Scheunen und die Spinnerei abgebrannt.

Lokales.

Thorn, den 10. Februar 1887.

(Die Reden des Fürsten von Bismarck über die Militärvorlage, gehalten in Reichstage am 11. und 12. Januar cr. sind wir heute in der Lage in einem Separatabdruck der „Thorner Presse“ beizulegen, und damit den mehrfach ausgesprochenen Wünschen unserer Leser nachzukommen.)

(Militärisches.) Bei den bevorstehenden Frühjahrskontroll-Versammlungen treten die Mannschaften, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1874 bis Ende März 1875 sowie die Vierjährig-Freiwilligen der Kavallerie, welche am 1. Oktober 1876 in den Militärdienst getreten sind, zum Landsturm, und diejenigen Mannschaften, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1879 bis März 1880 in den Militärdienst getreten sind, zur Landwehr über. Alle diese Mannschaften haben in der Zeit vom 1. bis 15. März ihre Militärpapiere bei ihren betreffenden Bezirksfeldwebeln abzugeben. Es liegt im Interesse eines Jeden, diesen Termin innezuhalten, damit der Vermerk des Uebertritts bewirkt werden kann, ohne welchen das Auscheiden, namentlich aus der Landwehr, nicht erfolgt. — Mannschaften der Kavallerie wurden bisher nicht zu Disposition beurlaubt. Wie indessen der „Eib. Ztg.“ mitgeteilt worden ist, hat der nunmehr kommandierende General des 1. Armeekorps Herr von Kleist im Einverständnis mit dem königlichen Kriegsministerium die Kavallerie-Regimenter angewiesen, an dem allgemeinen Entlassungstermin jeden Jahres 10 Mann zur Disposition des Regiments (Königsurlaub) zu beurlauben. In erster Linie sollen solche Leute berücksichtigt werden, bei denen Familien- u. Verhältnisse eine vorzeitige Entlassung wünschenswerth erscheinen lassen. Derartige Gesuche sind von den Angehörigen im Monat Juni an die Zivil-Vorsitzenden der Ersatz-Kommission zu richten.

(Militärisches.) Dr. Kruszo, Assistenz-Arzt I. Klasse der Landwehr vom 1. Bat. (Thorn) 8. Pomm. Landw.-Regt. Nr. 61 ist der Abschied bewilligt worden.

(Bevölkerung.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Uebersicht über die Bevölkerung des deutschen Reichs nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1885. Danach zählte der Regierungsbezirk Marienwerder 407 349 männliche und 422 110 weibliche, zusammen 829 459 ortsanwesende Personen, gegen 411 563 bzw. 425 499, zusammen 837 062 Personen am 1. Dezember 1880; die Bevölkerung im Regierungsbezirk hat sich also um 7604 Seelen vermindert. Im Regierungsbezirk Danzig betragen die Bevölkerungszahlen 280 717 bzw. 298 053, zusammen 578 770 (gegen 277 207 bzw. 291 629 im Jahre 1880; Zunahme 9934 Seelen). Der Regierungsbezirk Königsberg zählte im Jahre 1885 im Ganzen 1 171 116 Bewohner gegen 1 155 545 im Jahre 1880 (Zunahme 15 571 Seelen), der Regierungsbezirk Gumbinnen 788 359 gegen 778 391 im Jahre 1880 (Zunahme 9968 Seelen). Die Bevölkerung des ganzen deutschen Reichs hat sich von 1880 bis 1885 um 1 621 631 Personen, d. h. von 45 234 061 auf 46 855 692 Personen vermehrt.

(Nach der Lotterie-Ziehung.) Also wieder nichts! In wie vielen Variationen mag jetzt dieses Thema wohl behandelt werden, wie viele und verschiedenartige Seufzer mögen sich aus gesunden Herzen losgerungen haben! Es ist eben ein eigenes Ding um einen Lotteriegewinn, um die Aussicht, ohne große Anstrengung wohlhabend zu werden resp. seinen Wohlstand zu vermehren, und verhältnismäßig klein ist der Kreis Derjenigen, welche dieser besprechenden Lösung zu widerstehen vermögen. Fast in jedem Hause vom Parterre bis zur Mansarde, von der eleganten Wohnung bis zum bescheidensten Dachstuhlchen hat man es sich angelesen sein lassen, eine Anweisung auf die Hulb der launenhaften Göttin Fortuna zu erwerben und bewacht das werthvolle Gut mit peinlicher Sorgfalt. Sei der Verdienst auch noch so kläglich, der Arme spart von ihm noch ein Weniges ab, um sich die Seligkeit eines kurzen Hoffnungsstraumes zu erkaufen. Ein Hoffnungsraum ist es in der That, denn selbst in den Schlaf der Nacht wirft das große Loos seine Lichter und läßt rosigte Bilder vor dem Spiegel der ruhenden Seele auftauchen. Ist aber der Tag gekommen, an welchem die erste Ziehungskliste in den Zeitungen erscheint, dann bemächtigt sich fieberhafte Aufregung der Glücksspiranten, besonders Derjenigen, die bisher wenig von den Gütern des Lebens ihr eigen genannt haben, und das Hoffen und Wünschen wird immer reger, immer ledrer. Aber unendlich verschoben ist es. Der wünscht sich Reichthum, um in Luxus und Wohlbehagen zu leben; Jener ersieht die Möglichkeit, seine geschäftlichen Beziehungen zu erweitern, mit mehr Kapital, mehr Arbeit schaffen zu können; ein Dritter hat den Voratz, wenn ihm das Geschick günstig ist, weite Reisen zu machen und Schätze des Wissens zu erwerben, und so geht es durch alle Schichten des Volkes bis zu jenem armen Schelm, der sich einen kleinen Loosanteil in des Wortes schlimmster Bedeutung erhungert hat, und nun fest entschlossen ist, wenn seine Nummer mit einem hübschen Gewinn herauskommt, sich acht Tage lang täglich an seinem Leibgericht den Magen zu verderben. Aber viele sind berufen, wenige auserwählt, und wenn die Ziehung geschlossen ist, giebt es im deutschen Reich viele lange verdrießliche enttäuschte Gesichter. Oben dann erst jene bekannten Notizen durch die Zeitungen, welche melden, daß hier einem Nachwächter, dort einer Näherin, dort einem Kreise armer Arbeiter ein eckelndes Stümchen zugefallen ist, dann ist die Unzufriedenheit, namentlich unter den Standesgenossen noch größer, und oft genug kann man es hören, das neidische: „Warum gerade der, warum nicht ich?“ Ja warum? — Fortuna ist eben ein Weib, und Launen sind des schwachen Geschlechtes unveräußerliches Erbtheil.

(Mozart-Abend.) Die Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 11 veranfaßte Montag den 14. d. Mis. unter Leitung ihres Kapellmeisters Herrn Jolly, in der Aula der Bürgerschule einen sogenannten Mozartabend mit folgendem gewählten Programm: 1. Sinfonie C-dur (Zupiter) mit der Schlußfuge. 2. Zweite Ouvertüre zur Oper: „Die Zauberflöte.“ 3. Ave verum corpus arrangirt von L. v. Bremer. 4. Finale des 1. Akts aus der Op. „Don Juan.“ 5. Ouverture zur Oper „Idomenio.“

(Schwurgericht.) In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde der erste Fall: Anklage wegen Raubes gegen die Arbeiter Julius Raab aus Duliniowo, Robert Stange aus Glienke und Hermann Poplawski aus Abbau Podgorz verurtheilt, da der Hauptzeuge nicht erschienen war. Der zweite Fall betraf die Anklage wider den bereits vorbestraften Eigenfährer Daniel Raabe aus Stanislawowo wegen Widerstandes gegen einen Forstbeamten und Körperverletzung. Der Angeklagte wurde am 19. Mai v. J. von dem Walwärter

Skiminski in einer Schonung betroffen. Zur Rede gestellt, setzte er sich zur Wehre, schlug — nach der Anklage — mit einem Knüttel nach dem Beamten, den er leicht an der Hand verletzte. Darauf stürzte sich die Anklage; die Geschworenen konnten jedoch aus den Aussagen der Zeugen nicht die Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten gewinnen, worauf der Gerichtshof denselben von Strafe und Kosten freisprach.

(Brandschaden.) Zwei Scheunen, welche dem Besitzer S. Wendel zu Neu-Steinau gehörten und mit 2500 Mk. versichert waren, brannten in der Nacht vom 5. zum 6. Februar nieder.

(Polizeibericht.) Verhaftet sind 2 Personen.

(Lotterie.) Bei der am 9. d. M. beendeten Ziehung der 4. Klasse der Königl. Preuß. Klassen-Lotterie fielen folgende Gewinne:

2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 27 340 186 039.
16 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 4903 14 300 56 798 67 367 72 950 73 114 83 425 94 997 97 902 112 906 130 162 132 014 146 689 148 630 161 918 167 760.
23 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 5860 6460 16 820 26 451 38 381 38 700 45 057 47 986 52 079 61 205 68 617 81 449 90 494 95 860 117 717 126 762 128 765 134 306 163 725 165 624 166 531 178 853 179 725.
23 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 7748 31 643 34 169 48 939 49 280 92 235 94 182 98 766 99 750 102 925 114 059 118 406 125 716 137 987 140 324 140 675 143 450 145 686 146 394 157 638 167 755 176 412 176 865.

Kameraden des Deutschen Krieger-Bundes!

Ungewöhnliche Umstände rechtfertigen ungewöhnliche Maßregeln. Das deutsche Volk ist durch die bevorstehenden Reichstagswahlen vor eine Entscheidung gestellt, die die nächste Zukunft unseres Vaterlandes bestimmen wird, wie sie die heiligen Interessen der alten Soldaten berührt. Da schaut Ihr auf die Männer, die Euer Vertrauen an die Spitze Eures großer Bundes gestellt hat, und erwartet von ihnen ein beratendes, aufklärendes Wort. Wir wollen es Euch nicht vorenthalten.

Kameraden! Wir mischen uns nicht in den Streit der Parteien, wir haben nur das Eine, das Vaterland im Auge. Wir können und werden Euch nicht angeben, wen oder in welcher Richtung Ihr wählen sollt. Das müßt Ihr mit Gott und Euren Soldatenherzen abmachen und nach reiflicher Ueberlegung allein entscheiden. Uns ist nicht bange, daß Ihr das Richtige trefft.

Zweiterlei aber müssen wir Euch dringend ans's Herz legen, Euch bitten und beschwören, daß Ihr es beherzigt.

Das Erste ist: Fehle Niemand von Euch am 21. Februar an der Wahlurne! Das Vaterland ruft, das Ihr mit Euren Weibern gedeckt habt und jederzeit wieder zu decken bereit seid. Schmach über den alten Soldaten, der solchem Rufe nicht Folge leistet! Entschuldigungen für ihn giebt es nicht.

Das Zweite ist: Es giebt keine Parteirücksicht, kein Parteinteresse, das Euch veranlassen könnte, bei der Wahl oder Stichwahl einem Sozialdemokraten oder einem anderen erklärten Gegner unseres deutschen Reiches und seiner monarchischen Grundlagen Eure Stimme zuzuwenden. Wer Euch das Gegentheil sagt, ist ein Verräther. Ihm weist mit Verachtung den Rücken!

Kameraden! Es können leicht und bald schwere Zeiten für unser theures Vaterland kommen. Sorge jeder, daß ihm dann sein Gewissen in Rücksicht auf seine Abstammung bei den jetzigen Wahlen keinen Vorwurf macht. Sorge jeder von uns, daß wir Alle nach wie vor offen den Blick erheben und freudigen Herzens einstimmen können in den alten Kriegerruf:

In Treue fest! Gott schütze das Reich! Se. Majestät der Kaiser lebe hoch!

Der Vorstand des Deutschen Krieger-Bundes: v. Elpows. Baro. Vackhausen. Conrad. Dr. Engel. Schmeber. P. Killisch. Stengel. Wagner. Dr. Conr. Küster. R. Mitsch. Nagel. Dr. Westphal. Reibling.

Mannigfaltiges.

(Gustav Lisco †) Der gestern in Berlin verstorbene Prediger Dr. Gustav Lisco waltete noch am vorigen Sonntag seines Amtes in der Neuen Kirche. Er war am 13. Jan. 1819 in Berlin als Sohn des Predigers an der Gertrauden-Kirche, Dr. Lisco, geboren, empfing seine Ausbildung auf dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium studirte dann Theologie in Bonn und Berlin. Nach einer kürzeren Thätigkeit als Hilfs-Prediger in Zehdenick wurde er 1845 Prediger an der Marien-Kirche zu Berlin, 1859 an die Neue Kirche berufen. Wie sein Vater war Lisco ein Anhänger und Verteidiger der wissenschaftlichen Theologie im Sinne Schleiermachers. Hiervon zeugt sein im Druck erschienener Vortrag über „Das apostolische Glaubensbekenntnis“, der ihm einen langwierigen Prozeß vor Konsistorium und Oberkirchenrath zuzog. Den Antrag des Konsistoriums auf Antesezung Lisco's verwarf der Oberkirchenrath und verhängte nur einen Verweis über ihn, den indess als zureichend die gelehrte Theologie nicht anerkennen vermochte: der Verweis brachte ihm die Würde eines Doktors der Theologie ein.

(Ein tragischer Unglücksfall) hat sich in Nordhausen gelegentlich einer Maskerade im Schützenhaussaale ereignet. Ein hübsches Dienstmädchen war auf derselben als „Schneekönigin“, vollständig in schneeige Gewand gehüllt, erschienen; in der Rechten trug sie einen im Lichterglanz strahlenden Weihnachtbaum, von dem eine Kerze herabfiel. In demselben Augenblick fing die Wattumbüllung Feuer und sofort stand die Schneekönigin in Flammen. Sie stürzte aufschreiend hinaus, zwei Herren eilten ihr nach und drückten sie draußen in den wirklichen Schnee nieder. Das unglückliche Mädchen hat schwere Brandwunden erlitten. Das Haupthaar und die Kleidung sind verbrannt, das Gesicht ist mit Brandwunden bedeckt.

(Ein verhängnisvoller Abschiedskuß.) Der Perron des Pester Staatsbahnhofes war am Sonnabend der Schauplatz eines schrecklichen Unglücksfalles, der sich beim Abschiede einer Tochter von ihrer nach Wien reisenden Mutter zutrug. Frau Braun, die Gattin eines hochangesehenen Budapester Bürgers, wollte sich nämlich von ihrer Mutter, der in Wien wohnhaften Frau Schmer, die auf einige Tage bei ihr zu Besuche gewillt, in herzlicher Weise verabschieden. Noch auf dem Perron stehend, wollte sie ihre Mutter kaum von sich lassen. Nach dem zweiten Gütten endlich machte sich Frau Schmer aus den Umarmungen ihrer Tochter los und stieg in ihr Koupée. Frau Braun winkte ihr zuerst vom Perron aus mit dem Taschentuche zu, konnte jedoch nicht umhin, noch im letzten Momente auf das Trittbrett des Waggons zu steigen, um ihrer Mutter, die durch die Fensteröffnung herausschaute, den letzten Abschiedskuß zu geben. In diesem Augenblicke erlitt das Signal zur Abfahrt. Frau Braun wollte eiligst abspringen, der Zug hatte sich jedoch bereits in Bewegung gesetzt, so daß die Unglückliche strauchelte und unter die Räder des Waggons gerieth, welche die arme Frau schrecklich zermalmten. Der Train wurde auf die Pflersee sofort zum Stehen

gebracht, man zog die Berunglückte heraus und fand, daß ihr die unteren Gliedmaßen vollständig zersplittert worden waren. Frau Braun wurde alsbald in das Kochhuspital überführt, woselbst eine Amputation beider Unterschenkel vorgenommen wurde. Die verzweifelte Mutter gab selbstverständlich ihre Rückreise auf, um am Krankenbette ihrer schwerverletzten Tochter zu verweilen. Die Schreckenszene übte auf die zahlreichen Passagiere und die auf dem Perron Anwesenden einen ergreifenden Eindruck.

(Unerwartete Begegnung.) Prinz Alexander von Dattenberg soll, wie dem Berliner „Börsen-Courier“ berichtet wird, bei seinem jüngsten Aufenthalt in Monte Carlo eine interessante Begegnung gehabt haben. Der Prinz durchwanderte die prunkvollen Säle und blieb zuletzt vor einem Spielische stehen, den Gang des „jeu“ eine kurze Zeit mit Spannung verfolgend. Aber der Einladung eines Herrn von seiner Begleitung, doch auch einmal sein Glück an der Roulette zu versuchen, kam der Prinz nicht nach, er meinte lächelnd: „Es ist wohl leichter, zwei Schlachten zu gewinnen, als der Spielbank nur einen Louis'd'or abzunehmen.“ Als er den Saal verließ, wäre er beinahe mit einem elegant gekleideten Herrn in mittleren Jahren zusammengestoßen, der den Prinzen betroffen fixirte und dann in einiger Verwirrung zur Seite trat. Arglos verließ der Prinz den Saal, aber nicht wenig war er belustigt, als er später erfuhr, wer der elegant gekleidete Herr in mittleren Jahren gewesen sei. Es war nämlich Niemand Anderer als der gleichfalls zur Erholung in Italien weilende — General Kaulbars.

Für die Redaktion verantwortlich: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 10. Februar.

	9 2 87.	10 2 87.
Fonds: fest.		
Russ. Banknoten	183—05	183—05
Warschau 8 Tage	182—65	182—60
Russ. 5% Anleihe von 1877	97—30	97—30
Poln. Pfandbriefe 5%	57—70	57—80
Poln. Liquidationspfandbriefe	53—50	53—50
Westpreuß. Pfandbriefe 3 1/2 %	96—40	96—20
Pommern Pfandbriefe 4 %	100—40	100—80
Oesterreichische Banknoten	159	159—05
Weizen gelber: April-Mai	164—25	163—75
Mai-Juni	166	165—50
lofo in Newyork	92—75	92
Roggen: lofo	131	130
April-Mai	131—70	131—20
Mai-Juni	132	131—50
Juni-Juli	132—50	132
Rübsä: April-Mai	45—10	45
Mai-Juni	45—50	45—30
Spiritus: lofo	36—50	36—50
April-Mai	37—40	37—30
Juni-Juli	38—40	38—40
Juli-August	39	39
Diskont 4 pCt., Lombardzinsfuß 4 1/2 pCt. resp. 5 pCt.		

Handelsberichte.

Danzig, 9. Februar. Getreidebörse. Wetter: Frostwetter. Wind: Nordost.

Weizen Transit war bei mäßiger Frage unverändert im Werthe, dagegen waren Käufer für inländische Weizen sehr zurückhaltend und mußten Preise etwas nachgeben. Bezahlt wurde für inländischen bunt besetzt 123 4/8 pfd 148 Mk., hellbunt 126 7/8 pfd und 127 pfd 157 Mk., 130 pfd 158 Mk., glasiert 130 pfd 157 Mk., hochbunt 129 3/8 pfd und 131 pfd 158 Mk., Sommer- 134 pfd 162 Mk., mild 132 pfd 157 Mk. per Tonne. Für polnischen zum Transit bunt stark besetzt 125 pfd und 125 6/8 pfd 149 Mk., bunt 125 6/8 pfd 149 Mk., 129 pfd 151 Mk., gutbunt 128 9/8 pfd 151 Mk., glasiert 129 3/8 pfd 153 Mk., hellbunt 126—128 pfd 153 Mk., 130 pfd und 131 1/2 pfd 154 Mk., hochbunt 132 pfd 154 Mk., hochbunt glasiert 129 3/8 pfd 154 Mk., 130 pfd 155 Mk., 130 pfd 156 Mk., 132 pfd 157 Mk. per Tonne. Für russischen zum Transit Sommer 115 pfd bis 119 20 pfd 149 Mk., 121 pfd und 121 1/2 pfd 152 Mk. per Tonne. Termine April-Mai inländ. 160 Mk. und Gb., transit 151 50 Mk. bez., Mai-Juni 152 50 Mk. Br., 152 Mk. Gb., Juni-Juli 153 Mk. Br., 152 50 Mk. Gb., Juli-August 154 Mk. Br., 153 50 Mk. Gb. Regulirungspreis 152 Mark. Roggen nur in inländischer Maare zugeführt. Verkehrte in matterer Stimmung Bezahlt ist inländischer 124 5/8 pfd und 127 pfd 111 Mk. per 120 pfd per Tonne Termine April-Mai inländisch 118 50 Mk. bez., transit 98 Mk. bez., Juni-Juli inländisch 121 Mk. bez., transit 100 Mk. Br., 99 Mk. Gb. Regulirungspreis inländisch 112 Mk., unterpolnisch 95 Mk., transit 95 Mark.

Spiritus loco 35,25 Mk. bez.

Königsberg, 9. Februar. Spiritusbericht pro 10,000 Liter pCt. ohne Frö. Loko 37,00 Mk. Br. 36,75 Mk. G., 36,75 Mk. bez., pro Februar 37,25 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro März 37,25 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro Frühjahr 38,50 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro Mai-Juni 39,50 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro Juni 39,50 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro Juli 40,00 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro August 40,50 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., pro September 41,00 Mk. Br., — Mk. Gb., — Mk. bez., kurze Lieferung 36,75 Mk. bez.

Getreide-Bericht

der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 10. Februar 1887.

Wetter: Frost. Weizen unverändert 127 pfd. hell 146 Mk., 130 pfd. hell 149 Mk., 131 pfd. hell 150 Mk. Roggen sehr geringes Geschäft 122 pfd 115 Mk., 124 pfd 116 Mk. Gerste Futterwaare 93—98 Mk. Erbsen Mittel- und Futterwaare 108—115, Kochwaare 128—140 Mk. Hafer 98—112 Mk. Lupinen blau 69—75 Mk., gelbe 75—80 Mk.

Meteorologische Beobachtungen.

Thorn den 10. Februar.

	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke	Bewölk.	Bemerkung
9.	2hp	779.1	— 4.6	E ⁴	0	
	9hp	779.1	— 7.3	E ³	0	
10.	7ha	779.1	— 10.1	E ²	0	

Wasserstand der Weichsel bei Thorn am 10. Februar 2,28 m.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag den 11. Februar 1887.

In der evangelisch-lutherischen Kirche: Abends 6 Uhr: Johann Arndt. Herr Pastor Rehm.

(Es nützt alles nichts!) sagen Diejenigen, welche regelmäßig um die jetzige Jahreszeit an Erkältung, Husten, Schnupfen, Heiserkeit, Katarrhen u. laboriren und die vielen Hustenmittel wie Bombons, Malzextrakte, Thees u. c. vergebens anwenden. Diesen Mißtrauischen möchten wir aber dennoch rathen einen letzten Versuch mit den Apotheker W. Vogl'schen Katarrhpillen zu machen und sind überzeugt, daß sie von dem Erfolg befriedigt sein werden. Vogl'sche Katarrhpillen sind erhältlich in den Apotheken. Jede ächte Schachtel trägt den Namenszug Dr. med. Wittlinger's.

Bekanntmachung.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 1. Februar cr. betr. die Eintheilung der Wahlbezirke, sowie die Namhaftmachung der Wahlvorsteher, ihrer Stellvertreter und der Wahllokale für die

Reichstags-Wahl am 21. Februar cr.

bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß im dritten Wahlbezirk (Altstadt 290-467, 470, 471) an Stelle des Herrn Stadtrath Gessel Herrn Kaufmann und Stadtverordneter C. G. Dorau zum Wahlvorsteher bestellt ist.

Thorn den 9. Februar 1887.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Vermietung des rathhäuslichen Gewölbes Nr. 15 für die Zeit von sofort bis 1. April 1890 haben wir einen Requisitionstermin auf Donnerstag, 17. Februar d. J.

Vormittags 11 Uhr in unserem Bureau I. (Rathhaus 1 Treppe) anberaunt, zu welchem wir Miethsbewerber hierdurch einladen.

Die der Vermietung zu Grunde zu legenden Bedingungen können im vorgenannten Bureau während der Dienststunden eingesehen werden. Dieselben werden aber auch im Termine bekannt gemacht.

Thorn den 7. Februar 1887.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für das hiesige Garnison-Lazareth pro 1. April 1887 bis ult. März 1888 erforderlichen Verpflegungsbedürfnisse soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden. Hierzu ist ein Termin auf

Dienstag, 15. Februar cr.
Vorm. 10 Uhr im Bureau des Garnison-Lazareths anberaunt, wofelbst auch die Bedingungen einzusehen sind.

Thorn den 5. Februar 1887.
Königl. Garnison-Lazareth.

Der auf den 21. d. M. in Gehrke's Hotel zu Argenau anberaumte Holzverkaufstermin ist auf den

22. Februar cr.
verlegt.
Wodet, 8. Februar 1887.
Der Oberförster Wallis.

Im Verlage von Alfred Krüger in Weimar (früher Leipzig) ist bereits in 4. Auflage erschienen:

Die einfache Buchführung.
Zum Selbstunterricht.

Eine klare, leichtverständliche Lehre von der Buchführung, auf die populärste Art verfaßt, so daß auch der Ungeübteste sie in kürzester Zeit, ohne weitere Anleitung, zu erlernen vermag.

von **Oscar Klemich**,
Handels-Akademie-Direktor.
Preis dauerhaft elegant gebunden
2 Mark 60 Pf.

Nach dem einstimmigen Urtheil von Sachmännern ist dies die beste Anleitung zum Selbstunterricht.

Ferner erschien in demselben Verlage und ist vorrätzig in allen Buchhandlungen:

Kleine deutsche Grammatik.

Ein Lehrbuch in populärer, leicht faßlicher Weise dargestellt zum Selbstunterricht und als Leitfaden für Gewerbes-, Sonntags- und ähnliche Fortbildungsschulen, überhaupt für den Unterricht an Erwachsene. Nebst Anleitungen zum Richtigsprechen und Richtigschreiben in neuer Schulorthographie.

Von **Oscar Klemich**,
Handels-Akademie-Direktor.
Zweite, völlig umgestaltete Auflage.
16 Bogen groß Oktav, brosch. 2 Mk.,
kart. 2 Mk. 40 Pf.

Stellensuchende

finden durch das **Placirungs-Bureau** von **M. Lichtenstein** Stellung. Bei Meldungen Zusendung der Zeugnisse und eine Marke Rückporto.

Holzverkaufs-Bekanntmachung.

Königliche Oberförsterei W o d e t.

Am 14. Februar 1887 von Mittags 1 Uhr ab sollen in Gehrke's Lokal zu Argenau folgende Kiefern-Bau- und Nuzhölzer Belauf **Bärenberg**, Zagen 99 u. 111: 120 St. Bauholz III.-V., 9 Bohlstämme.

Grünfließ, Zagen 178: 50 St. Bauholz V., 80 Bohlstämme, 80 Stangen I. Zagen 181: 50 Bohlstämme, 50 Stangen I., 10 Stangen II. Zagen 206: 190 St. Bauholz III.-V., 16 Bohlstämme.

Wodet, Zagen 220: 500 St. Bauholz III.-V., 97 Bohlstämme. Zagen 284: 70 St. Bauholz IV. u. V., 20 Bohlstämme.

Rienberg, Zagen 263: 12 Bohlstämme.
Getau, Zagen 336: 22 Bohlstämme.

Rabott, Zagen 380: 600 St. Bauholz II.-V., 40 Bohlstämme, 15 Stangen I. Zagen 404: 26 St. Bauholz III.-V., 4 Bohlstämme

öffentlich meistbietend zum Verlaufe ausgetrieben werden.

NB. Das Bauholz in Zagen 220 und auf der II. Roullisse in Zagen 380 wird nur in größeren Loosen verkauft.

W o d e t den 8. Februar 1887.
Der Oberförster Wallis.

Zur Wahl-Agitation

sind besonders zu empfehlen folgende „**Brennende Fragen**“:

Nr. 4: Wer regiert heute und welcher Partei schließe ich mich an?

Nr. 6: Republik oder Monarchie?

Nr. 7: Liberalismus, Freiheit und Reaktion.

Nr. 9: Was will der „Fortschritt“?

Nr. 13: Antisemitismus und Sozialdemokratie.

Nr. 21: Die Güterschlächtereien in Hessen.

Dieselben wirken alle zugleich im antisemitischen Sinne! — Man erhält

100 Exempl. für **Mk. 2,50** frei zugesandt von **Theod. Fritsch**, Leipzig, Windmühlenstraße 28.

Zur Orientirung für die Neuwahlen am 21. Februar 1887.

Preis 50 Pf. Nach Auswärts 60 Pf.

Die Militärvorlage und der Reichstag.

Inhalt:
Was will die Regierung? Was will die Opposition? Die Widerlegung der oppositionellen Anträge. Die europäische Lage. Die europäischen Heere und die deutsche Armee. Der Reformplan Boulanger's. Die Artikel 57-68 der Reichsverfassung.

Zu haben in der Buchhandlung von **E. F. Schwartz**.

1 Theilnehmer

wird zu einem bestehenden rentabl. Geschäft mit wenigem Kapital gesucht. Adr. **M. K. L.** postlagernd Thorn.

Ein junger Mann,

der nicht in der Lage ist, den ihm von Aerzten anempfohlenen Lanbaufenthalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten, sucht von sofort oder später Stellung auf einem Gute als Buchhalter oder Rechnungsführer. Suchender ist der polnischen Sprache mächtig und mit allen Comptoir-Arbeiten, sowie mit den Arbeiten der Gutsvorstände vertraut. Offerten unter **T. 100** nimmt die Expedition der „**Thorner Presse**“ entgegen.

Ein flottes **Reisepferd** wird z. Kauf gesucht. Näheres i. d. Exped. d. Ztg.

XIII. Mastvieh-Ausstellung — Berlin

verbunden mit einer Ausstellung von **Zucht-Böcken und -Ebern** sowie

Ausstellung von **Maschinen, Geräthen u. Produkten** für die Landwirtschaft und das Schlächtergewerbe

am 11. und 12. Mai 1887
auf dem **Central-Viehhof** der Stadt Berlin.

Die Anmeldungen müssen bis zum 1. April cr. erfolgt sein. Programm und Anmelde-Formulare zu beziehen aus dem Bureau der Mastvieh-Ausstellung, Berlin NW., Dorotheenstraße 95/96, Klub der Landwirthe.

Die als vollkommenste Heizapparate albekanntem

Lönholdt'schen eisernen Defen,
Lönholdt'schen transportablen Majolika-Defen und
Lönholdt-Wille'schen Universal-Ramine

für Räume bis zu 1000 Kubm., auch zur gleichzeitigen Heizung mehrerer Zimmer geeignet, sowie die rühmlichst bekannten

Lönholdt'schen Ventilations-Apparate

empfiehlt das **Spezial-Geschäft für Heizung und Ventilation** von

Emil Wille & Comp., Berlin, Kochstr. 72.

Hoflieferanten Seiner Majestät des Kaisers.

Mariazeller Magentropfen

vortrefflich wirkend bei allen Krankheiten des Magens.

Unübertroffen bei Appetitlosigkeit, Schwäche des Magens, überreichem Athem, Blähung, saurem Aufstossen, Kolik, Magenkatarrh, Verbrennen, Bildung v. Sand u. Gries, übermäßiger Schleimproduction, Gelbsucht, Ekel u. Erbrechen, Kopfschmerz (falls er vom Magen herrührt), Magenkrampf, Hartleibigkeit od. Verstopfung, Ueberladung des Magens mit Speisen u. Getränken, Würmer, Milz-, Leber- u. Hämorrhoidal-leiden. — Preis à Flasche sammt Gebrauchsanweis. 70 Pf. Central-Versandt durch Apoth. Carl Brady, Krensdorf (Mähren). Die Mariazeller Magentropfen sind kein Geheimmittel. Die Bestandtheile sind bei jedem Fläschchen in der Gebrauchsanweisung angegeben. **Geht zu haben in fast allen Apotheken.**

Wählerversammlung.

Am Sonntag den 13. d. Mis. Nachmittags 4 Uhr

wird zu **Podgorz**

im Saale des Hotel „Zum Kronprinzen“ eine Wählerversammlung abgehalten werden, wozu alle deutsch-nationalgesinnten Wähler aus **Podgorz** und Umgegend ergebenst eingeladen werden.

Das Wahlkomitee

der deutsch-nationalgesinnten Partei des Wahlkreises **Thorn**.

Wählerversammlung.

Am Sonntag, 13. Februar cr. Nachmittags 4 Uhr

wird zu **Schönsee**

im Saale des Herrn **Wegner** eine Wählerversammlung abgehalten werden, wozu alle deutsch-nationalgesinnten Wähler aus **Schönsee** und den umliegenden Ortschaften ergebenst eingeladen werden.

Das Wahlkomitee

der deutsch-nationalgesinnten Partei des Kreises **Thorn**.

Wählerversammlung.

Am Sonnabend, 12. Februar cr. Abends 7 Uhr

findet im Gasthause des Herrn **Folsko** zu **Gremboczyn**

eine Wählerversammlung statt, zu welcher alle deutschen Wähler von **Gremboczyn** und Umgegend dringend eingeladen werden.

Das Wahlkomitee

der deutsch-nationalgesinnten Partei des Kreises **Thorn**.

Gebrauchte Möbelstücke nebst Werkzeug zu kaufen gesucht

Tuchmacherstraße 155.
Fischlermeister Pelz.

Annahme von Strohhütten zur Wäsche nach neuesten Formen bei **Geschw. Bayer.**

Concept-u. Cautzleipapier für Schulen, Bureaus, sowie für Wiederverkäufer stets zu haben bei

C. Dombrowski.

Das bedeutende Bettfedern-Lager

Harry Unna

in **Altona bei Hamburg** versendet zollfrei gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pfd.) gute neue Bettfedern für 60 Pf. das Pfd., vorzüglich gute Sorte 1,25 Pf., prima Halbbaunen nur 1,60 Pf., prima Ganzbaunen nur 2,50 Pf.

Verpackung zum Kostenpreis — Bei Abnahme von 50 Pfd. 5 % Rabatt. — Umtausch gestattet

Zum 1. April d. J. ist die

1. Etage

best. aus 6 Zimmern mit Borg. u. sämmtl. Zubehör in dem Kaufmann **A. Mazurkiewloz'schen Hause** am Markte zu vermieten.

Die bis jetzt v. Hrn. **Maj. v. Vickinghoff** benutzte Wohnung in meinem Hause, **Bromb. Vorst. 128**, nebst Pferdestall für 4 Pferde, ist v. 1. April cr. ab anderw. z. vm. **J. erf. b. S. Feidler, Heiligeistr. 201-3.**

Eine Wohnung, Küche mit Wasserleitung und Ausguß, zu vermieten bei **G. Schoda.**

Große herrsch. Wohnungen sind in meinem neubauten Hause **Kulmerstr. 340/41** zu verm. **A. Hey.**

Al. Wohnungen zu 90-210 Mk. jährl. z. verm. **Dröbe's Gart. Neust. 330/1.**

Möbl. Zimmer z. vermieten. **Neustadt 143 I.**

Ein möbl. Zimmer v. sof. zu verm. **Gerechestr. 122 3 Treppen.**

1 mbl. Zim. z. vm. **Gerechestr. 118 2 E. v.**

Hervorragendes populär naturwissenschaftliches Sammelwerk.

Bibliothek der gesamten Naturwissenschaften unter Mitwirkung hervorragender Sachmänner. Herausgegeben von **Dr. Otto Danneberg**. Verlag von **Edo Weiser** in Stuttgart. Erscheint in Lieferungen à 1 Mk. Ist prächtig und reich illustriert. Abonnements in allen Buchhandlungen.

Krieger Verein

Sonnabend den 12. d. Mis. Abends 8 Uhr

Appell

im **Schützenhause.**

Tages-Ordnung: Bericht der Rechnungs-Revisions-Kommission. Vereins-Angelegenheiten.

Sonntag Nachmittag 4 Uhr

Sanitäts-Kolonne.
Thorn den 10. Februar 1887.
Krüger.



Bum goldenen Löwen

Mocker.
Sonntag den 13. d. Mis.

Grosser

Maskenball

Entree: Mask. Herren 1 Mk., Damen frei, Zuschauer 10 Pfennig.

Fürsten-Krone

Mocker.
Sonntag, 13. Febr. cr.

Grosser

Maskenball

Entree: Mask. Herren 1 Mk., Damen frei, Zuschauer à Person 20 Pf.

Das Nähere die Plakate. Das Comité

Stadt-Theater

in **Thorn.**

(Direktion **E. Hannemann**)
Dienstag den 15. Februar

Erstes

Ensemble-Gastspiel des

Ballet-Personals

vom **Viktoria-Theater** in

Berlin

Excelsiora.

Ballet-Revue in 2 Akten mit 12 Tänzen von **C. Severini** und **D. Seehof**.

Musik von **C. A. Raiba.**

Dirigent des Orchesters **Rapellmeister C. A. Raiba.**

Vorher

Die Versucherin.

Lustspiel in 1 Akt von **S. v. Moser**.

Mittwoch d. 16. Februar

Zweites und letztes

Ensemble-Gastspiel des

Ballet-Personals

vom **Viktoria-Theater** in

Berlin

Excelsiora.

Ballet-Revue in 2 Akten und 12 Tänzen von **C. Severini** und **D. Seehof**.

Musik von **C. A. Raiba.**

Dirigent des Orchesters **Rapellmeister C. A. Raiba.**

Vorher

Die Versucherin.
Lustspiel in 1 Akt von **S. v. Moser**.
Alles Nähere die Zettel.

Reden des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck

über die

Militärvorlage.

(Gehalten am 11. und 12. Januar 1887 im Reichstage.)

Alle militärischen Autoritäten sind über die Nothwendigkeit der Verstärkung der Wehrkraft einig; die Herren Richter, Windthorst, Grillenberger sind anderer Meinung.

Die verbündeten Regierungen haben durch ihre Vorlage der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches so, wie sie augenblicklich beschaffen ist, dem deutschen Volke nicht diejenige Bürgschaft für die Vertheidigung des Reichsgebietes gewährt, auf welche die Nation ein unverjährbares Recht hat. Diese Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ist begründet durch das Urtheil, durch das einstimmige Urtheil aller militärischen Autoritäten in Deutschland, Autoritäten, deren Kompetenz in ganz Europa sonst anerkannt wird mit der alleinigen Ausnahme des Deutschen Reichstags (Bewegung. Oho! links), wo dem militärischen Urtheile dieser Autoritäten, die, ich wiederhole es, sich der Anerkennung Europas erfreuen, dasjenige der Herren Richter, Windthorst, Grillenberger entgegengetreten ist. (Zuruf: Ah!) — Meine Herren, ist das ein Irrthum, so müßten die Druckberichte, die ich zu Hause gelesen habe über Ihre Verhandlungen, doch unrichtig sein. Ich habe sie hier; aber ich will Ihre Zeit nicht weiter aufhalten durch Bezugnahme darauf.

Es handelt sich hier vorwiegend um die militärische Vorlage. Ich kann nun in der That nicht glauben, daß die Herren, die ich eben nannte, so weit gehen sollten, ihr eigenes Urtheil in militärischen Fragen über das des Feldmarschalls Grafen Moltke, den wir hier sehen, über das eines kriegs-erfahrenen Kaisers, über das sämmtlicher deutscher Generalstäbe und Kriegsministerien zu stellen. Es ist doch kaum möglich, daß ein noch so einsichtiger und an seine Einsicht glaubender Civilist der Meinung sein könnte. Ich bin also genöthigt, anzunehmen, daß die Herren in ihrer Opposition gegen die Vorlage noch andere Gründe haben, als die Zweifel an der Autorität des militärischen Urtheils derjenigen Stellen, die ich namhaft gemacht habe. (Murren.)

Die Opposition verdächtigt die Regierung, daß die Militärvorlage für neue Steuern Vorspann leisten soll; Zurückweisung dieser Verdächtigung.

Aus dem leisen Murren im Hintergrunde ziehe ich den Schluß, daß Sie bei dieser meiner Andeutung etwas ganz Anderes vermuthen, als ich zu sagen beabsichtige. Ob das ein Zeichen ist, daß irgend Jemand sich getroffen fühlt von der anderen Vermuthung, lasse ich hier unentschieden, das ist mir auch gleichgültig. Ich fürchte aber, Sie setzen bei den Regierungen andere Motive für deren Antrag voraus, als wie das ausschließliche Bedürfnis unserer defensiven Wehrkraft.

Es sind ja in der Presse Aeußerungen gefallen, als ob diese ganze Militärvorlage keinen Zweck

weiter hätte, als unter falschen Vorwänden Steuern, Geld zu erheben. Das war der Fall in denselben entlegenen Theilen der Preßpolitik, wo die abenteu-erlichsten, die kindischsten Gerüchte, wenn sie über Nacht ausgehrieben werden, sofort Glauben finden. Es ist das ein so absurder Gedanke, daß wir mit einer Forderung von 20 bis 30 Millionen eine Grundlage für neue exorbitante Steuervorschläge gewinnen wollten, daß ich mich weiter gar nicht damit aufhalte. Was den moralischen Werth einer solchen Insinuation betrifft und ihre Bedeutung, so will ich doch nur darauf aufmerksam machen, daß sie ungefähr in gleicher Linie stehen würde mit der andern, wenn wir sagen würden, der Widerstand gegen unsere Vorlage sei eingegeben von dem Wunsche, daß Deutschland im nächsten Kriege nicht glücklich sein möge. (Murren.) Das steht ungefähr auf derselben moralischen Höhe wie ihre Verdächtigungen (Murren) — nicht Ihre, sondern die Preßverdächtigungen gegen die Intentionen der Regierung. Jene andere Verdächtigung hat doch noch mehr Haltbarkeit, da sich nicht leugnen läßt, daß es viele Einwohner Deutschlands giebt, die das Deutsche Reich und seine Fortexistenz negiren. Ich komme vielleicht auf diese Frage nachher noch weiter zurück.

Der Zweck der Militärvorlage ist die Erhaltung des Friedens.

Ein glaublicheres Motiv, daß die Regierungen und namentlich die Vertreter des Kaisers ihre Pläne nicht eingesehen, könnte in der Richtung gesucht werden, daß eine Verstärkung des deutschen Heeres etwa gewollt werde aus denselben Gründen, aus denen mancher Eroberungs- oder kriegslustige Monarch eine starke Armee erstrebt hat, nämlich in der Absicht, demnächst einen Krieg zu führen, sei es um bestimmte Zwecke durchzusetzen, sei es um irgend etwas zu erobern, sei es des Prestiges und des Bedürfnisses wegen, sich in die Angelegenheiten anderer Mächte vorwiegend einzumischen, also z. B. die orientalische Frage von hier aus zu reguliren. Ich glaube aber, auch dies wird als vollständig unbegründet gefunden werden von jedem, der darüber nachdenkt, wie friedliebend die Politik Sr. Majestät des Kaisers bisher seit 16 Jahren gewesen ist. Es ist ja wahr, der Kaiser hat sich genöthigt gesehen, zwei große Kriege zu führen; aber diese beiden Kriege waren ein uns überkommenes zwingendes historisches Ergebnis früherer Jahrhunderte. Sie werden die Thatsache nicht bestreiten, daß der gordische Knoten, unter dessen Verschuß die nationalen Rechte der Deutschen lagen, das Recht, als große Nation zu leben und zu atmen, nur durch das Schwert gelöst werden konnte (Zustimmung) — leider, und daß auch der französische Krieg nur eine Vervollständigung der kriegerischen Kämpfe bildete, durch welche die Herstellung der deutschen Einheit, das nationale Leben der Deutschen, geschaffen und sichergestellt werden mußte. Also man kann daraus nicht auf kriegerische Gelüste schließen. Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den, was der alte Fürst Metternich nannte:

saturirten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten, und außerdem, wenn das der Fall wäre, so bliden Sie doch auf die friedliebende Thätigkeit — und ich sage das ebenso gut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage — der kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren.

Deutschland hat seit dem letzten Kriege mit Frankreich den Frieden zu erhalten gewünscht.

Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidiren. Diese Aufgabe war keine leichte. Im Reichstage selbst ist uns damals vorgehalten worden als ein Vorwurf über die Ergebnisse unserer Politik — weil wir den Muth gehabt hatten, für Deutschlands Einigkeit zu kämpfen —, daß wir eine Situation geschaffen hätten, in der der nächste Krieg wahrscheinlich sehr nahe bevorstehend sein würde. Man sprach damals von 4, 5, vielleicht 3 Jahren, die es dauern würde bis zum nächsten Kriege. Meine Herren, es ist gelungen, wenn auch nicht ohne starke Gegenströmungen zu überwinden, den Frieden seit 16 Jahren zu erhalten. Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen.

Die Freundschaft der drei Kaiserreiche. Unser jetziges Verhältniß zu Oesterreich ist fester als zur Zeit des Deutschen Bundes.

Es ist uns dies vollständig gelungen mit Oesterreich. Die Absicht und das Bedürfnis, dahin zu gelangen, beherrschten bereits die Friedensverhandlungen in Nikolsburg im Jahre 1866, und es hat uns seitdem nie das Bestreben verlassen, die Anlehnung an Oesterreich wieder zu gewinnen, die wir vor 1866 nur scheinbar und buchstäblich hatten, die wir jetzt in der Wirklichkeit vollständig besitzen. (Bravo! rechts.)

Wir stehen mit Oesterreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im deutschen Bunde trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im heiligen römischen Reiche jemals der Fall gewesen ist (Bravo! rechts), nachdem wir uns über alle Fragen, die zwischen uns seit Jahrhunderten streitig gewesen sind, in gegenseitigem Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen auseinandergesetzt haben.

Es war die Ausöhnung mit Oesterreich aber nicht allein das Ziel, welches unsere Friedenspolitik erstrebt hat. Wir haben uns erinnert, daß die Freundschaft der drei großen östlichen Mächte in Europa, wenn sie auch manche verdrüßliche Folgen für die öffentliche Meinung und andere Staaten gehabt haben mag, doch Europa über 30 Jahre lang den Frieden bewahrt hat, den Frieden in einer Epoche, in der die Quellen entstanden sind, die den Wohlstand, den wirtschaft-

lichen Aufschwung, die gesammte wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklung Europas befruchtet und befördert haben. Die Quellen davon liegen in dem Zeitraum, in welchem die überberufene heilige Alliance uns den Frieden erhalten hat. Es wird das Jedermann unwiderleglich einleuchten, der einen Vergleich zieht zwischen unserer heutigen wirtschaftlichen Situation von 1886 und zwischen dem Maße von Wohlhabenheit und civilisatorischer Entwicklung, das in ganz Europa, namentlich aber in Deutschland im Jahre 1816 herrschte. Der Unterschied ist ein so ungeheurer, wie er kaum je in früheren Jahrhunderten in einer gleichen Epoche stattgefunden hat. Der Fortschritt zum Besseren, zur Wohlhabenheit der Gesamtheit ist ein gewaltiger gewesen.

Nun, ich weiß nicht, ob es uns gelingen wird, wiederum eine Friedensepoche von derselben Länge, d. h. von mehr als 30 Jahren herzustellen. Unsere Bemühungen dazu sind aufrichtig; vor Allem aber brauchen wir dazu ein starkes Heer, ein Heer, das stark genug ist, um unsere eigene Unabhängigkeit ohne jeden Bundesgenossen sicher zu stellen. (Sehr richtig!)

Unser freundschaftliches Verhältnis zu Rußland.

In Anbetracht dieser Wirkung der früheren Freundschaft der drei großen östlichen Höfe haben wir nicht bloß die Aussöhnung mit unserem früheren Gegner, sondern auch die Neubegründung der Freundschaft zwischen den jetzigen Dreikaiserreichen als unsere Aufgabe betrachtet. Unsere eigenen Beziehungen zu Rußland waren dabei nicht schwierig. Unsere Freundschaft mit Rußland hat in der Zeit unserer Kriege gar keine Unterbrechung erlitten und ist auch heute über jeden Zweifel erhaben. (Hört! hört!) Wir erwarten von Rußland durchaus weder einen Angriff, noch eine feindselige Politik. — Wenn ich das so unbefangen ausspreche, so kann ich der Vorlage dadurch möglicherweise die Stimmen der polnischen Abgeordneten entfremden, die sonst ja doch ganz gewiß für die möglichste Stärkung der deutschen Macht gegen russische Angriffe stimmen würden, da sie bei einem russischen Siege nichts zu erwarten haben. Aber ich muß doch der Wahrheit die Ehre geben und sagen: alle die Motive für die Vorlage, die man aus unseren Beziehungen zu Rußland entnommen hat, sind nach meiner politischen Auffassung hinfällig. Wir leben mit Rußland in derselben freundschaftlichen Beziehung wie unter dem hochseligen Kaiser, und diese Beziehung wird unsererseits auf keinen Fall gestört werden. Was hätten wir denn für ein Interesse, Handel mit Rußland zu suchen? Ich fordere Jeden heraus, mir eins nachzuweisen. Die bloße Kauflust kann uns doch unmöglich dazu bringen, mit einem Nachbar, der uns nicht angreift, Handel zu suchen. Solchem barbarischen Instinkte sind die deutschen Regierungen und die deutschen politischen Auffassungen unzugänglich. Also unsererseits wird der Friede mit Rußland nicht gestört werden, und daß man uns von russischer Seite angreifen werde, glaube ich nicht. Ich glaube auch nicht, daß man von russischer Seite nach Bündnissen sucht, um in Verbindung mit anderen uns anzugreifen, oder daß man von Schwierigkeiten, die wir auf anderer Seite haben könnten, den Gebrauch machen würde, uns mit Leichtigkeit anzugreifen. Der Kaiser Alexander III. von Rußland hat jederzeit den Muth seiner Meinung gehabt, und wenn er mit Deutschland in unfreundliche Beziehungen zu treten beabsichtigte, so ist er der Erste, der dies sagen und zu erkennen geben würde. Das Vertrauen kann Jeder zu ihm haben, der die Ehre gehabt hat, ihm irgendwie näher zu treten. Alle Argumente also, die für unsere Vorlage daraus entnommen sind, daß wir einer Koalition von Frankreich und Rußland gegenüber zu treten haben würden, die billige ich meinerseits nicht, und unsere Stärke ist darauf ja auch nicht zu berechnen. Wir könnten sie ebenso gut auf eine Koalition zu Dreien, wie sie im siebenjährigen Kriege gegen uns stattgefunden hat, be-

rechnen wollen, denn die Möglichkeit ist ja nicht auszuschließen, daß wir, wie Friedrich der Große im siebenjährigen Kriege die Errungenschaften der beiden ersten schlesischen Kriege zu verteidigen hatte, auch unsere Errungenschaften in einem noch größeren Kriege als in den vorhergehenden zu verteidigen haben würden; — womit ich übrigens nicht auf das Septennat anspielen will. (Heiterkeit.) Ich meine nur die Analogie zwischen den beiden ersten schlesischen Kriegen und dem großen Kampfe, in dem König Friedrich II. seine Errungenschaften gegen große Koalitionen zu verteidigen hatte, ist historisch nicht ganz zu verwerfen; für den Augenblick aber liegt sie nicht vor, — es müßten große Veränderungen in den Konstellationen eintreten, ehe Dergleichen zu befürchten wäre. Wir werden Handel mit Rußland nicht haben, wenn wir nicht bis nach Bulgarien gehen, um sie dort aufzusuchen. (Heiterkeit.)

Die ultramontane und freisinnige Presse sucht uns Bulgariens wegen in den Krieg zu stürzen.

Es ist merkwürdig, daß die Presse derselben Partei, die jetzt der Verstärkung unserer Armee widerspricht, vor wenigen Monaten alles Mögliche gethan hat, um uns in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln. (Sehr richtig! rechts.) Diese Uebereinstimmung ist in der That eine auffällige. Ich habe vorher gesagt, daß ich auf die Frage, über die dort gemurt worden ist, vielleicht zurückkommen würde; ich will es nur mit dieser Andeutung: Es ist das auffällig.

Damals bin ich ganz erstaunt gewesen, zu lesen, mit welchen leidenschaftlichen Argumenten seitens der oppositionellen Presse auf einen Bruch mit Rußland hingearbeitet wurde — ich habe ein ganzes Kowolut von Zeitungsausschnitten aus der Zeit aus dem „Berliner Tageblatt“, aus der „Freisinnigen Zeitung“, aus der „Volks-Zeitung“, aus der „Germania“ vor allen; eines überbietet immer das andere an Beschimpfungen der Regierung, weil sie nicht für Bulgarien und seinen damaligen Fürsten Rußland gegenüber den Handschuh aufnehmen wollte. Das erste aus dem „Berliner Tageblatt“ fängt gleich damit an:

„Wenn die Grundlagen des europäischen Friedens derartig erschüttert sind, daß derselbe nur durch ein Mittel erhalten werden kann, welches die Moral in den Völkern untergräbt, dann ist doch eine Frage berechtigt, ob nicht ein gesunder Krieg einen so krankhaften Frieden vorzuziehen sei.“ (Heiterkeit rechts.)

So waren die Herren damals gestimmt. — Die „Germania“ predigt nicht so geradezu den Krieg, aber sie ist ihrer Natur nach viel schärfer und bitterer in den Beschimpfungen der Regierung über ihre Feigheit.

Nun, meine Herren, als ich das gelesen habe, ich muß sagen, hat es mir zunächst den Eindruck von Heiterkeit gemacht; ich habe diese ganze Preshegerei lächerlich gefunden, die Zornmuth, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um „hinten weit in der Türkei“, wie man früher zu sagen pflegte, die Hände zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrats vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen (große Heiterkeit), und es hat mich damals auch wenig verdrossen; wir waren ja die Herren, zu thun und zu lassen, was wir wollten. Es hat mich nur tief betrübt, einen solchen Aufwand von Pathos in der deutschen Presse zu finden, um uns womöglich mit Rußland in Krieg zu verwickeln. Als ich diese Deklamationen zuerst las — sie sind zum Theil weinerlich, zum Theil pathetisch —, so fiel mir unwillkürlich die Scene aus „Hamlet“ ein, wo der Schauspieler deklamirt, und Thränen vergießt über das Schicksal von Sekuba — wirkliche Thränen —, und Hamlet sagt — ich weiß nicht, wendet er den Ausdruck an, der durch Herrn Birchow das parlamentarische Bürgerrecht gewonnen hat,

den Ausdruck von „Schuft“ —: „Was bin ich für ein Schuft?“, oder benutzte er ein anderes Beiwort — kurz und gut, er sagt: „Was ist ihm Sekuba?“ — Das fiel mir damals sofort ein. Was sollen diese Deklamationen heißen? Was ist uns denn Bulgarien? Es ist uns vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert, und was aus Bulgarien überhaupt wird, — das wiederhole ich hier; ich wiederhole Alles, was ich früher mit dem viel gemißbrauchten und todgeritenen Ausdruck von den Knochen des pommerischen Grenadiers gesagt habe: die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von Niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouilliren. (Bravo! rechts.) Die Freundschaft von Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir hier bei uns im Lande haben. (Heiterkeit rechts.)

Schwierig ist es, den Frieden zwischen Rußland und Oesterreich zu erhalten, Deutschland ist der ehrliche Vermittler zwischen beiden.

Ich kann also wohl sagen, die Hoffnung, die ich an das Gelingen des Bestrebens knüpfte, die drei Kaiserreiche wieder zu einigen, welche ich zuerst sagte, als es erreicht war, die Monarchen hier in Berlin im Jahre 1872 zusammenzubringen, — die hat sich insoweit verwirklicht, daß wir weit entfernt sind von der Wahrscheinlichkeit, mit Oesterreich oder mit Rußland in Handel zu kommen; es liegen gar keine direkten Motive vor, die unseren Frieden mit diesen beiden gefährden könnten; aber der Schutz, den der Frieden durch diese Verbindung zu Dreien, — ich möchte sagen, durch das trianguläre Karree, welches die drei Kaiserreiche unter sich formiren, wenn der Ausdruck nicht unsinnig wäre — gewinnt, ist eben stärker zu Dreien als zu Zweien, — und die Schwierigkeit der Aufgabe liegt nicht darin, unsern Frieden mit Oesterreich oder Rußland zu erhalten, sondern den Frieden zwischen Oesterreich und Rußland. Dort liegt die Sache anders. Es giebt wirklich rivalisirende und miteinander konkurrirende Interessen, die diesen beiden unseren Freunden die Erhaltung des Friedens unter sich schwieriger machen, als es für uns mit jedem von ihnen ist. Es ist unsere Aufgabe, diese Schwierigkeit nach Möglichkeit zu ebnen, in beiden Kabinetten der Anwalt des Friedens zu sein gegenüber den Erregungen publizistischer und parlamentarischer Natur. Ich brauche diese Erregungen nicht näher zu bezeichnen; die Presse beider Länder und der Parlamentarismus des einen davon bilden die Gegenströmungen und Schwierigkeiten, mit denen wir bei unseren Bemühungen, sie zu überwinden, und den Advokaten des Friedens in beiden Kabinetten zu machen, rechnen müssen. Wir laufen dabei Gefahr, daß wir in Oesterreich und noch mehr in Ungarn als russisch bezeichnet und in Rußland für österreichisch gehalten werden. Das müssen wir uns gefallen lassen; wenn es uns gelingt, den eigenen Frieden und den Europas zu erhalten, so wollen wir uns das auch gern gefallen lassen.

Unser Verhältnis zu Frankreich.

Nicht minder aufrichtig und angestrengt sind unsere Bemühungen gewesen, nach dem französischen Kriege die Versöhnung mit Frankreich herbeizuführen; ob sie ganz so glücklich gewesen sind, wie im Osten, das weiß ich nicht. Wenn wir mit den Verhältnissen im Osten allein zu rechnen hätten, so würden dieselben uns nicht zu einer Vorlage dieser Art bestimmt haben. Bezüglich Frankreichs liegt es aber anders; ich kann ja nur nach meinem politischen Urtheile sprechen, aber ich kann für mich geltend machen, daß ich seit — ich glaube — jetzt 36 Jahren in der großen europäischen Politik thätig bin, und daß ich mich auf manche

Epochen und Vorgänge berufen kann, in denen mein politisches Urtheil das richtige gewesen ist, und namentlich richtiger als das der parlamentarischen Opposition, die ich mir gegenüber fand. (Sehr richtig! rechts.)

Die Frage, wie wir mit Frankreich in der Zukunft stehen werden, ist für mich eine minder sichere. Ich habe nicht das Bedürfnis, alle europäischen Mächte durchzugehen; ich spreche von Italien und England gar nicht, weil gar kein Grund vorliegt, daß wir für beide Regierungen und sie für uns gegenseitig nicht das größte Wohlwollen haben sollten. Unsere Beziehungen zu den beiden sind derart, daß ich sie hier nicht mit in Betracht ziehe bei der Vermehrung unserer Streitkräfte, — sie sind in jeder Hinsicht freundschaftlich. Zwischen uns und Frankreich ist das Friedenswerk deshalb schwer, weil da eben ein langwieriger historischer Prozeß in der Mitte zwischen beiden Ländern liegt; das ist die Ziehung der Grenze, die ja zweifelhaft und streitig geworden ist von dem Zeitpunkt an, wo Frankreich seine volle innere Einigkeit und königliche Macht, ein abgeschlossenes Königthum erreicht hat.

Das Infragestellen der deutschen Grenze hat angefangen, wenn wir es rein im historischen, pragmatischen Zusammenhang auffassen wollen, mit der Wegnahme der drei Bisthümer Metz, Toul und Verdun. Das ist eine vergessene Thatsache, und ich erwähne sie nur des historischen Zusammenhanges wegen. Wir beabsichtigen weder Toul noch Verdun wieder zu erobern, und Metz besitzen wir ja. Aber seitdem hat doch kaum eine Generation in Deutschland gelebt, die nicht genöthigt gewesen ist, den Degen gegen Frankreich zu ziehen. Und ist diese Epoche des Grenzkampfes mit der französischen Nation nun heute definitiv abgeschlossen oder ist sie es nicht? Das können Sie so wenig wissen wie ich. Ich kann nur meine Vermuthung dahin aussprechen, daß sie nicht abgeschlossen ist; es müßten sich der ganze französische Charakter und die ganzen Grenzverhältnisse ändern.

Frankreich hat keinen Angriff von uns zu befürchten.

Wir haben unsererseits alles gethan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt, nur nicht in demjenigen, der sich auf eine mehr oder weniger lange Strecke von Rheingrenze richten konnte; weder im Elsaß noch weiter unten können wir das zugeben. Aber wir haben uns redlich bemüht, im Uebrigen Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufriedenzustellen, wie wir können. Wir haben unsererseits ja nicht nur keinen Grund, Frankreich anzugreifen, sondern auch ganz sicher nicht die Absicht. Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter günstigeren Verhältnissen geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft. (Bravo!)

Ich bin dagegen gewesen, im Jahre 1867 die Luxemburger Frage aufzunehmen, um den Krieg mit Frankreich zu führen. Luxemburg war gewiß des Krieges mit Frankreich nicht werth, und namentlich nicht unser zweifelhaftes Garnisonrecht, nachdem der Bund erloschen war. Es konnte damals nur auf die Frage ankommen, ob wir den Krieg nicht späterhin doch führen müßten, und da sagte ich: das ist vielleicht möglich, ich kann das aber so genau nicht wissen, ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte. (Bravo!)

Mein Rath wird nie dahin gehen, einen Krieg zu führen, deshalb, weil er später vielleicht doch geführt werden muß. Er kann vielleicht nach Gottes Willen, wenn er später geführt wird, unter für uns günstigeren Verhältnissen geführt werden, wie das mit Frank-

reich der Fall gewesen ist. Wir haben 1870 mit günstigerem Erfolge geschlagen, als wir 1867 gekonnt hätten; aber es wäre ebenso gut möglich gewesen, wenn der Kaiser Napoleon früher gestorben wäre, daß der Krieg uns ganz erspart geblieben wäre.

Also das führe ich nur an, um meine Ueberzeugung zu begründen und auch anderen im Auslande glaublich zu machen, daß wir Frankreich niemals angreifen werden. Wenn die Franzosen so lange mit uns Frieden halten wollen, bis wir sie angreifen, wenn wir dessen sicher wären, dann wäre der Friede ja für immer gesichert. (Lebhafter Beifall.)

Weshalb wir Metz nehmen mußten.

Was sollten wir denn von Frankreich erstreben? Sollten wir noch mehr französisches Land annectiren? Ich bin schon — ich muß das aufrichtig sagen — 1871 nicht sehr geneigt gewesen, Metz zu nehmen, ich bin damals für die Sprachgrenze gewesen. Ich habe mich aber bei den militärischen Autoritäten erkundigt, bevor ich mich endgültig entschloß. Es war — wenn Sie mir diese historische Episode verstaten wollen — Herr Thiers, der mir sagte: „eins können wir nur geben, entweder Belfort oder Metz; wenn Sie beide haben wollen, dann wollen wir jetzt nicht Frieden schließen.“ Ich war damals sehr in Sorge vor der Einmischung der Neutralen und hatte mich schon seit Monaten gewundert, daß wir nicht einen Brief von diesen bekamen. Ich wünschte dringend, daß Thiers nicht genöthigt werden sollte, nach Bordeaux zurückzugehen, um vielleicht den Frieden wieder rückgängig zu machen. Ich habe mich darauf mit unseren militärischen Autoritäten und namentlich mit meinem vor mir sitzenden Freunde (Grafen Moltke) besprochen: Können wir darauf eingehen, eines von beiden zu missen? — und habe darauf die Antwort erhalten: Belfort, ja! Metz ist 100 000 Mann werth; die Frage ist die, ob wir 100 000 Mann schwächer sein wollen gegen die Franzosen, wenn der Krieg wieder ausbricht oder nicht. Darauf habe ich gesagt: Nehmen wir Metz! (Heiterkeit.)

Die Ablehnung der Militärvorlage würde dem Verlust von Metz gleichen.

Sie stehen jetzt, meine Herren, vor derselben Frage, ob Sie, wenn der Krieg mit Frankreich vielleicht in sieben Jahren wieder ausbricht, 100 000 Mann schwächer sein wollen oder nicht. Mit anderen Worten: Es ist ganz von derselben schweren Bedeutung für unsere zukünftige Sicherheit, ob Sie Metz aufgeben wollen, als ob Sie uns 100 000 Mann verweigern, die durch die jährliche Ausbildung von 16 000 Mann Soldaten geschaffen werden sollen, bis dahin, wo der Krieg möglicherweise ausbricht. Also, wenn Sie vorziehen, daß wir den Franzosen sagen: Seid doch gut, wir geben Euch Metz, wenn Ihr ferner stille sitzen wollt, — so ist das ungefähr dasselbe, als wenn Sie uns jetzt die Verstärkung der Armee, die wir nach unserem militärischen Urtheil zu gebrauchen glauben, versagen. (Bewegung.)

Die friedliche Gesinnung der gegenwärtigen französischen Regierung und eines Theils des Volks wird Frankreich nicht abhalten, eines Tages zum Kriege zu schreiten.

Also ich wiederhole: Wir werden Frankreich nicht angreifen, unter keinen Umständen. Es giebt viele Franzosen, die darauf warten, weil sie lieber einen Verteidigungskrieg als einen Angriffskrieg führen wollen, weil es Viele giebt, bei denen der französische Angriff auf Deutschland nicht populär ist. Sie werden, wer von Ihnen die französische Geschichte kennt, mir Recht geben, daß die Entschlüsse Frankreichs in schweren Momenten

immer durch energische Minoritäten und nicht durch die Majoritäten und das ganze Volk bewirkt worden sind. Diejenigen, die den Krieg mit uns wollen, die suchen einzuwirken nur die Möglichkeit, ihn mit möglichster Kraft zu beginnen. Ihre Aufgabe ist, le feu sacré de la revanche (das geheiligte Feuer der Rache) zu unterhalten, die Aufgabe, die Gambetta dahin definierte: Ne parlez jamais de la guerre, mais pensez-y toujours! (man soll nicht von dem Kriege sprechen, aber immer daran denken), und das ist auch heute noch die Signatur der französischen Situation. Man spricht nicht davon, man spricht nur von der Befürchtung, von Deutschland angegriffen zu werden. Diese Befürchtung ist unwahr, und wer sie in Frankreich ausspricht, weiß, daß er die Unwahrheit sagt. Wir werden Frankreich nicht angreifen. Nichts desto weniger wird damit dem friedliebenden Franzosen Jacques Bonhomme, der lieber seinen Acker baut, als in den Krieg zieht, vorgebet, daß der ruchlose Deutsche es ist, der ihm wo möglich — ich weiß nicht was abnehmen wollte. Die Franzosen haben ja nichts, was für uns irgendwie begehrenswerth wäre. Das fortwährende Unterhalten und Schüren dieses feu sacré ist mir im höchsten Grade bedenklich. Ich habe das feste Vertrauen zu den friedlichen Gesinnungen der gegenwärtigen französischen Regierung. Die Herren Goblet und Florens sind nicht die Leute, die den Krieg mit uns wünschen; sie haben die Absicht, ehrlich mit uns zu leben. Ebenso war es mit der früheren Regierung Freycinet oder Ferry. Alle diese Herren waren friedlich, so lange sie am Ruder waren, und wenn Sie mir deren Regiment auf längere Zeit verbürgen könnten, so würde ich sagen: Sparen wir unser Geld, aber sparen wir es nicht für den Fall, daß wir vielleicht feindliche Kontribution zu zahlen haben.

Wie die Sachen liegen, kann mich dieses Vertrauen auf die friedlichen Gesinnungen der französischen Regierung, auf die friedlichen Gesinnungen eines großen Theiles der französischen Bevölkerung aber nicht bis zu dem Grade von Sicherheit einwiegen, daß ich sagen könnte: Wir haben einen französischen Krieg gar nicht mehr zu fürchten. Nach meiner Ueberzeugung haben wir ihn zu fürchten durch den Angriff Frankreichs, ob in zehn Tagen oder in zehn Jahren, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden kann, das hängt ganz ab von der Dauer der Regierung, die gerade in Frankreich ist.

Wir müssen für den Krieg gerüstet sein; mit Parlamentsreden schlägt man keine Feinde.

Als die letzte Regierung, die Regierung Freycinet, zum Rücktritt genöthigt wurde, — hat 24 Stunden vorher Jemand eine Ahnung davon gehabt? Ich wenigstens nicht, und ich glaube, daß ich ziemlich gut unterrichtet war. Hat nachher acht oder vierzehn Tage lang hier irgend Jemand gemerkt, wer in Frankreich ans Ruder kommen würde? In welcher Verlegenheit die Parteien mit ihrer Parlements-herrschaft waren, um zu bestimmen, wer nun regieren sollte, das haben wir Alle gemerkt, aber was daraus werden würde, das hat Keiner vorher sagen können. Es konnte auch noch anders kommen, es konnte auch ein weniger friedliches Cabinet als das des Herrn Goblet aus dieser Krisis hervorgehen. Es ist an jedem Tage möglich, daß eine französische Regierung ans Ruder kommt, deren ganze Politik darauf berechnet ist, von dem feu sacré zu leben, das jetzt so sorgfältig unter der Asche unterhalten wird. Darüber können mich auch keine friedlichen Versicherungen, keine Reden und keine Redensarten vollständig beruhigen — ebenso wenig wie ich weiß, was ich damit machen soll, wenn uns hier im Parlament verdrückt wird: wenn die Gefahr eintritt, dann können Sie auf den letzten Thaler rechnen, dann stehen wir mit Gut und Blut ein. Das sind Worte, damit kann ich nichts machen. Worte sind keine Soldaten, und Reden sind keine Bataillone; und wenn wir den

Feind im Lande haben, und wir lesen ihm diese Reden vor, dann lacht er uns aus. (Heiterkeit rechts.)

Frankreich verzichtet nicht auf die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen.

Ich bin also der Meinung, daß der historische Prozeß, der seit drei Jahrhunderten zwischen uns und Frankreich schwebt, nicht beendet ist, und daß wir darauf vorbereitet sein müssen, ihn von französischer Seite aus fortgesetzt zu sehen. Wir sind gegenwärtig im Besitz des streitigen Objekts, wenn ich das Elsaß als solches bezeichnen soll. Wir haben gar keinen Grund, darum zu kämpfen; daß Frankreich nach dessen Wiedereroberung nicht strebt, kann keiner behaupten, der sich irgendwie um die französische Presse bekümmert. Hat es schon irgend ein französisches Ministerium gegeben, welches hat wagen dürfen, öffentlich und bedingungslos zu sagen: wir verzichten auf die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, wir werden darum nicht Krieg führen, wir acceptiren die Situation des Frankfurter Friedens gerade so, wie wir die Situation des Pariser Friedens im Jahre 1815 acceptirt haben, und wir beabsichtigen keinen Krieg wegen Elsaß zu führen? Giebt es in Frankreich ein Ministerium, welches den Muth hätte? Nun, warum giebt es das nicht? Im Muth fehlt es den Franzosen doch sonst nicht! Es giebt das deshalb nicht, weil die öffentliche Meinung in Frankreich dagegen ist, weil sie gewissermaßen einer mit Dampf bis zur Explosion gefüllten Maschine gleicht, wo ein Funke, eine ungeheure Bewegung hervorzurufen kann, um das Ventil in die Luft zu sprengen, und — mit anderen Worten — einen Krieg herzustellen. Es wird das Feuer so sorgfältig geschürt und gepflegt, daß man die Absicht, es zunächst nicht und auch nach menschlichem Bedenken nicht zu benutzen, um es ins Nachbarland hineinzuwerfen, in keiner Weise vorzusetzen berechtigt ist.

Je stärker wir gerüstet sind, desto weniger haben wir einen Krieg mit Frankreich zu erwarten.

Nun ist ja die Frage: ist die Möglichkeit, daß wir von Frankreich angegriffen werden, an sich ein ausreichender Grund, um diese Vorlage zu bewilligen? Ich habe bei meiner Motivirung keine Koalitionen, keine Kombinationen und Konjekturen im Auge, sondern die einfache Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns ohne Bundesgenossen im freien Felde einander gegenüberstellen. Schon wenn der Krieg ausbräche, würde die Kalamität eine große. Bedenken Sie, was allein der ausbrechende Krieg, ganz unabhängig von dem Ausgange desselben, zu sagen hat! Unser ganzer Handel zu Lande und zur See, unsere ganzen industriellen Unternehmungen würden sämmtlich lahm gelegt sein; — ich brauche das wohl nicht zu schildern, Sie haben es selbst erlebt. Diese Kalamität, daß der Krieg ausbrechen könnte, wird vielleicht gefördert, wenn der Krieg leicht erscheint, wird verhindert, wenn der Krieg schwer erscheint. Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg. Die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs auf uns, die heute nicht vorliegt, tritt ein, wenn unter dem Eintritte einer anderen Regierung, als die heutige, Frankreich irgend einen Grund hat, zu glauben, daß es uns überlegen sei. Dann, glaube ich, ist der Krieg ganz sicher. Diese Ueberzeugung kann beruhen auf Bündnissen, die Frankreich hätte. Ich habe vorhin entwickelt, daß ich nicht glaube, daß solche Bündnisse stattfinden werden; es ist eine Aufgabe der Diplomatie, danach zu streben, daß dies verhindert werde, oder Gegenbündnisse zu haben, wenn dies eintritt. Ich will bloß das Duell zwischen uns und Frankreich ins Auge fassen.

Frankreich wird den Krieg erklären, wenn es glaubt militärisch stärker zu sein.

Das kann also eintreten, sobald Frankreich stärker ist, als wir: einmal durch Bündnisse oder auch durch die Ueberlegenheit seiner Bewaffnung. Diese rein technische Frage überlasse ich meinen militärischen Kollegen; ungeachtet der Uniform, die ich trage, fällt es mir nicht ein, habe ich nicht die Unbescheidenheit, meine Autorität in dergleichen Sachen über die der Herren zu stellen. (Heiterkeit.)

Aber, wenn die Franzosen glauben, daß entweder ihre Armee zahlreicher ist, daß die Masse ihrer ausgebildeten Soldaten zahlreicher ist, als die der unserigen, daß ihre Artillerie zahlreicher ist, oder vielleicht, daß ihr Gewehr besser ist, — wie es 1870 besser war — oder daß ihr Pulver besser ist, weil sie das richtige Pulver zu einem kleinkalibrigen, schnell-schießenden Gewehr früher haben als wir, — das sind alles Sachen, die unter Umständen die Entscheidung des Krieges bestimmen können; denn sobald sie glauben, sie siegen, fangen sie den Krieg an. Das ist meine feste, unumstößliche Ueberzeugung, und Sie mögen mehr Erfahrungen in der Politik und im Urtheil haben, als ich — ich kann nur nach meiner Ueberzeugung handeln.

Die parlamentarischen Strategen unterschätzen die Macht Frankreichs.

Ich sage also: wir müssen auf den Fall eingerechnet sein, daß wir in einem solchen Krieg unterliegen sollten; ja, ich bin nicht furchtsam genug, das vorauszuweisen, aber die Möglichkeit kann doch Niemand bestreiten. Bis jetzt sind es nur muthige Civilisten (Heiterkeit), die meinen, keiner Verstärkung zu bedürfen; diejenigen Generale und Heerführer, diejenigen Feldherren unter unseren Souveränen, die persönlich Fühlung mit der französischen Klinge gehabt haben, die sind durchaus anderer Meinung. Wenn so furchtlose Leute der Meinung sind: wir brauchen, um den nächsten Krieg mit Frankreich sicher zu bestehen, um der französischen Armee ebenbürtig zu sein, die und die Verstärkung — dann finde ich es einen traurigen Muth, dem gegenüber zu sagen: Sie irren sich, wir brauchen sie nicht, wir sind so stark genug. Ich sage: einen traurigen Muth, weil dieses mich einigermaßen an den miles gloriosus erinnert, der sagt: wir schlagen die Franzosen auch so wie so. Meine Herren, da irren Sie sich, die parlamentarischen Strategen! Sie unterschätzen die Macht von Frankreich; Frankreich ist ein großes, mächtiges Land, ebenso mächtig wie wir; Frankreich hat ein kriegerisches Volk und ein tapferes Volk und hat jederzeit geschickte Heerführer gehabt. Es ist ein Zufall, wenn sie uns unterlegen sind. Sie unterschätzen die Franzosen in der allerirrhümlichsten Weise, und es wäre eine Ueberhebung, zu sagen, daß Frankreich an und für sich als geschlagen zu betrachten wäre, wenn es uns gegenübersteht.

Niemand kann dafür bürgen, daß wir abermals siegen. Abgeordnete, welche durch ihre Beschlüsse das Land für den Krieg schwächen, sollten vor Gericht gestellt werden.

Wenn aber die Sachen so zweifelhaft sind nach dem Urtheil der kompetenten Behörden, wenn die Möglichkeit überhaupt nach menschlicher Berechnung vorhanden ist, daß wir geschlagen werden können, — ja, meine Herren, dann sind die Folgen eines unglücklichen Krieges doch zu traurig, als daß irgend Jemand, wenn sie eintreten, die Verantwortung für ein solches Verbum tragen könnte.

Es ist viel von ministerieller Verantwortlichkeit die Rede, aber ich habe nie gehört — vielleicht wird

es der Zukunft vorbehalten, solche Gesetze einzuführen — daß auch Abgeordnete, welche an Beschlüssen theilnehmen, die ihr Land ins Unglück führen, einer Verantwortlichkeit dafür vor dem Richter unterliegen. (Bravo! rechts.)

Wenn Sie bewußterweise unser Land für den Krieg schwächen, dann halte ich ein solches Gesetz für ein Bedürfnis; ich werde beantragen, daß es eingebracht wird. Wenn wir unterliegen — ich wage diesen Gedanken ja gar nicht auszusprechen; aber die Möglichkeit werden Sie mir doch nicht bestreiten, daß ebenso gut, wie wir allein Frankreich geschlagen haben im Jahre 1870, Frankreich siegreich sein kann, nachdem es seine Armee verdoppelt, seine Reserven verdreifacht hat und mit der größten Bereitwilligkeit und Hingebung der Regierung jede Kosten bewilligt hat, ohne auch nur je eine Sekunde darüber zu diskutieren. Ich erinnere Sie daran, daß mit gewissem Mitleid die französischen Blätter auf die Vorgänge im deutschen Reichstag, und mit was für Schwierigkeiten die deutsche Regierung zu kämpfen hätte, wenn sie ihr Vaterland stärken wollte, hingedeutet haben. Frankreich ist also unendlich viel stärker, als es gewesen ist. Wenn wir es einmal geschlagen haben, so liegt darin gar keine Bürgschaft, daß wir es wieder schlagen werden; wir müssen diese Bürgschaften, sobald sie nach dem Urtheil unserer kompetenten Militärbehörden unzulänglich sind, verstärken. Wenn sie unzulänglich blieben, und wenn wir geschlagen würden, wenn der siegreiche Feind in Berlin stände, wie wir in Paris gestanden haben, wenn wir genöthigt wären, seine Bedingungen des Friedens anzunehmen, — ja, meine Herren, was würden dann diese Bedingungen sein?

Welche Folgen würde ein Sieg Frankreichs für uns haben? Gegen einen neuen Krieg mit Frankreich würde der von 1870/71 ein Kinderspiel sein.

Ich spreche gar nicht von der Geldfrage, ob schon die Franzosen so glimpflich mit uns nicht verfahren würden, wie wir mit ihnen verfahren sind; ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden. Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüber finden, unter deren Herrschaft wir 1807 bis 1813 gelitten haben, und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut — wie die Franzosen sagen: saigner à blanc, d. h. so lange zur Ader lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und in den nächsten 30 Jahren nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger gegenüber zu stellen. Das hätten wir, wenn wir eben nur die Staatsraison und nicht auch die christliche Gesinnung zu Rathe zögen, wie das kriegerische Frankreich das gewohnt ist, 1870 ebenso gut thun können, wie Napoleon es im Jahre 1807 und später gethan hat. Wenn Sie die Erzählungen der alten Leute aus jener Zeit lesen, wenn Sie, wie ich noch in meiner Kinderzeit, unmittelbar die Erzählungen der Bauern, Landleute und Gutsbesitzer über die Leiden der Fremdherrschaft im Lande angehört hätten, — ich glaube, Sie würden auch ängstlicher sein vor der entferntesten Möglichkeit, daß ähnliche Zustände wieder eintreten könnten.

Aber das Geld ist ja das Wenigste; man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns vom Rhein so viel abnehmen, als man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alteram tantum dazu verlangen, den Rhein abwärts. Auch das würde nicht genügen; man würde vor allen Dingen die Herstellung des Königreichs Hannover verlangen. (Bewegung.) Allein auf diesem Wege und auf keinem anderen ist das, was mir einer von den Herren Welfen sagte, die Herstellung des wel-

fischen Staates auf gesetzmäßigem Wege, möglich, denn der Friedensvertrag, den wir mit Frankreich — wenn wir überunden sind, mit dem Sieger — abschließen, kommt ja in die Gesetzsammlung (Heiterkeit), und dann ist Hannover auf gesetzmäßigem Wege hergestellt. Wir würden Schleswig ganz ohne Zweifel an Dänemark verlieren. Uns in Polen lästige und erschwerende Bedingungen aufzuerlegen, ist so lange recht schwierig, als man nicht mit Russland einverstanden ist, und dieses Einverständnis, glaube ich, liegt sehr fern für Frankreich. Aber man könnte doch uns immerhin die Bedingung auferlegen, daß Frankreich Garant derjenigen Rechte ist, welche der König von Preußen seinen politischen Unterthanen zu gewähren hat. Man könnte in dieser Garantie noch weiter gehen nach anderen Richtungen. Ich will das nicht weiter verfolgen; ich will Ihnen bloß die Möglichkeit schildern, der wir bei einem unglücklichen Kriege ausgesetzt sind. Halten Sie das für übertrieben? Meine Herren, Sie kennen die Zukunft doch nicht; was die Entschlüsse eines supponirten französischen Siegers sein würden, das können Sie doch unmöglich wissen. Wir würden, wenn wir jetzt von neuem von Frankreich angegriffen würden, und uns noch überzeugen müßten, daß wir nie und unter keinen Umständen Ruhe haben, ähnlich verfahren, wenn wir wieder als Sieger in Paris sind. Wir würden uns bemühen, Frankreich auf 30 Jahre außer Stande zu setzen, uns anzugreifen und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderpiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht wann — in seinen Wirkungen für Frankreich. (Bravo!) Also das wäre auf der einen Seite wie auf der anderen Seite das gleiche Bestreben; jeder würde versuchen de saigner à blanc.

Der Schutz, dessen Deutschland bedarf, darf nicht von dem Belieben parlamentarischer Majoritäten abhängig sein.

Nun, meine Herren, ich kann mir danach nicht denken, wer überhaupt sich stark genug fühlt, die Verantwortung für die Möglichkeit des Eintritts solcher Zustände zu übernehmen. Die verbündeten Regierungen sind es ganz sicher nicht; die werden die Verantwortlichkeit dafür nicht tragen.

Die verbündeten Regierungen haben — nach dem Eingang zur Bundesverfassung ist der oberste Zweck des Bundes der Schutz des Bundes und des Bundesgebietes — sie haben dem Volk gegenüber die Verantwortlichkeit dafür, daß dieser Schutz jeder Zeit vorhanden sei; der kann nicht improvisirt werden je nach dem Belieben einer parlamentarischen Majorität, durch ein Budgetvotum, der muß dauernd vorhanden sein, der ist eine fundamentale Institution unserer deutschen Einrichtungen. (Bravo! rechts.) Und die verbündeten Regierungen sind fest entschlossen, die Verantwortung dafür nicht zu tragen, sondern sich mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität und ihrer verfassungsmäßigen Rechte dafür einzusetzen, daß Deutschland nicht minder geschützt bleibe, als es seinen Kräften nach sein kann. Das, was einstweilen nach dem militärischen Urtheil für diesen Zweck als Bedürfnis bezeichnet worden ist, sind 40 000 Mann zur Verstärkung der Grenzbesatzungen gegen den ersten Anlauf und eine Steigerung der Zahl ausgebildeter Soldaten, die wir im Lande haben, um jährlich etwa 16 000 Mann; also in der Dauer eines Septennats um beinahe 120 000 Mann, in der Dauer der zwölfjährigen Dienstzeit um beinahe 200 000 Mann. 100 000 Mann sind eine Armee, und wenn der Krieg später ausbricht, so sind wir um so viel stärker; es ist ein Gewicht, das einen Krieg und die entscheidende Schlacht seinerseits zu entscheiden vermag, ob wir 100 000 Mann mehr haben. Wollen Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen, daß dies Gewicht nicht zur Verfügung sei? Wir wollen es nicht, und ich

bin überzeugt, es wird uns möglich sein, es zur Verfügung zu erhalten, mag Ihr Votum ausfallen heute wie Sie wollen. (Bravo! rechts.)

Die Regierung hält an dem früheren Kompromiß fest.

Ob diese Einrichtung nun für längere oder kürzere Zeit getroffen werden soll, das ist eine Frage, auf deren Gebiet sich die Diskussion in der jüngsten Zeit ja vorwiegend bewegt hat. Wir haben sie auf 7 Jahre verlangt aus keinem anderen Grunde, als weil die Ziffer von 7 Jahren die Grundlage eines früheren Kompromisses war, weil wir der Ueberzeugung sind, daß das konstitutionelle Leben überhaupt aus einer Reihe von Kompromissen besteht, und weil wir gern an ein früheres Kompromiß anknüpfen, so haben wir es unverändert aufrecht zu erhalten gesucht. Jede Ziffer ist mehr oder weniger willkürlich. Je länger die Dauer ist, um desto größer ist die Zahl der ausgebildeten Soldaten, die in Aussicht genommen wird, und um so weiter von uns entfernt liegt die innere Gefahr, daß wir in Krisen und Streitigkeiten über diese Frage gelangen.

Es kann ja Niemand entgehen, daß jedesmal, wenn es sich darum handelt, auf Grund des Art. 60 der Verfassung ein neues Gesetz über die Präsenzzeit zu machen, sich aller unserer Schichten und Parteien eine gewisse Aufregung bemächtigt, die bedauerlich und unter Umständen auch eine gefährliche ist. Es entsteht jedesmal aus der Diskussion dieser Frage eine gewisse Krise — ich will nicht sagen ein Konflikt, aber die Besorgniß vor einem Konflikt. Es entsteht jedesmal die Frage: was ist denn Rechtens, wenn eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt? Nun, ich glaube, der Reichstag wird sich nicht darüber beschweren können, daß der Bundesrath bisher einen zu weitgehenden Gebrauch gemacht hätte von seinem zweifellosen verfassungsmäßigen Rechte, jedem Gesetzentwurf, der ihm vom Reichstage zugeht, seine Zustimmung zu versagen — auch solchen Gesetzentwürfen, deren Zustandekommen in der Verfassung vorausgesetzt ist. Der Bundesrath hat von diesem zweifellosen Rechte, der voll- und gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung zu sein, von der Thatfache, daß kein Budgetgesetz ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, von der Thatfache, daß kein Gesetz über eine Präsenzzeit ohne seine Zustimmung zu Stande kommen kann, nie einen unbedeuten Gebrauch gemacht, er ist, wie der Kaufmann zu sagen pflegt, kulant in dieser Beziehung gewesen. Wir haben Vorlagen recht unerfreulich verflümmert und verändert zurückkommen sehen, wir haben es ruhig hingenommen, aber es giebt im Interesse des Vaterlandes Grenzen, über die der Bundesrath dabei nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig! rechts.)

Ein Beschluß des Reichstags, welcher das Reich wehrloser macht, wird niemals vom Bundesrath angenommen werden.

Eine solche Grenze zu ziehen, ist die Sorge, die in erster Linie den verbündeten Regierungen obliegt, wenn die auswärtige Sicherheit des Deutschen Reiches in Frage steht. (Bravo! rechts.) Sobald die ins Spiel kommt, werden wir haarscharf in der Benutzung unserer verfassungsmäßigen Rechte gegenüber Ihren Beschlüssen sein. Und ein Beschluß, der das Deutsche Reich wehrloser macht, als es nach unserer Ueberzeugung sein könnte, hat nie auf die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu rechnen. (Bravo! rechts.) Daß bei den Verhandlungen einer so wichtigen Frage, bei der es sich gewissermaßen um Kopf und Kragen für Deutschland handelt, daß dabei der Bundesrath so kulant und entgegenkommend sein und ein Auge zudrücken wird, und die Punkte auf das nicht

setzen wird, das erwarten Sie in einer solchen Frage nicht. Warum wollen Sie nun solche Krisen vervielfältigen, indem Sie sie womöglich alle Jahre herbeiführen oder doch alle drei Jahre?

Wir haben eine Abneigung gegen solche Krisen und Konflikte. Wir wünschen Kompromisse und halten an dem Kompromiß von früher fest, und deshalb haben wir das Septennat vorgeschlagen.

Was ist Rechtens, wenn kein neues Militär-gesetz zu Stande kommt?

Wenn dasselbe abläuft, so kommt immer die Frage: was ist denn Rechtens, wenn über das Präsenzgesetz nach Artikel 60 keine Vereinbarung der beiden Faktoren der Gesetzgebung stattfindet; oder was ist denn Rechtens, wenn über das Budget keine Vereinbarung beider Faktoren herbeigeführt wird? Die zweite Frage will ich gar nicht berühren, sie liegt nicht vor, und ich halte es nach meiner diplomatischen Gewohnheit nicht für nöthig, mich mit Fragen zu beschäftigen, die augenblicklich nicht brennend sind.

Ich will bloß sagen: was ist Rechtens, wenn wir über die Präsenzzeit uns nicht einigen? Hört deshalb die Armee auf, zu existiren? Das werden Sie selbst nicht behaupten wollen. Dann treten diejenigen Bestimmungen der Verfassung wieder in volle Kraft, die durch das auf Grund der Zusage von Artikel 60 gegebene Gesetz beschränkt sind. Das Gesetz auf Grund des Artikels 60 zieht die obere Grenze der Zulässigkeit der Präsenzzeit. Der Kaiser kann nicht darüber hinausgehen. Nach diesem Gesetze dauert sie noch bis zum nächsten Jahre, 1888; wenn dieses Gesetz schwindet, ein neues nicht zu Stande kommt, dann sind wir weit entfernt davon, daß diese Grenze sinkt oder die Armee verschwindet, sondern es steigt die obere Grenze der berechtigten Präsenzstärke der Armee bis zu dem Satz des Artikels 59 der Verfassung:

Jeder wehrpflichtige Deutsche hat 3 Jahre lang bei der Fahne zu dienen.

Das ist dann unsere Präsenzzeit (Heiterkeit rechts), die wir erreichen dürfen. Das ist eine finanzielle Unmöglichkeit, eine militärische Unbequemlichkeit, und deshalb hat die Verfassung, schon bevor das Verprechen im Artikel 60 entstand, durch den vierten Absatz des Artikels 63 das Moderamen gegeben, daß der Kaiser den Präsenzstand der Kontingente des Reichsheeres bestimmen soll. Also der Kaiser ist dann der Moderator, der allein zu sagen hat, wie hoch unter dem von Artikel 59 gegebenen Präsenzstand der letztere sein soll. Wenn wir nach kaiserlicher Machtvollkommenheit streben, dann wäre dieser Zustand für uns außerordentlich erwünscht und wir könnten nur sagen: stellen Sie die Sache so kurz wie möglich, es ist zu bedauern, daß das Frühjahr 1888 nicht schon da ist; dann würden wir wahrscheinlich uns nicht einigen können über den Inhalt des Gesetzes, welches auf Grund von Art. 60 gemacht werden soll, und es würde dann der alte verfassungsmäßige Zustand wieder eintreten.

Es ist auch dann nicht die Möglichkeit, durch das Budgetrecht im Ausgabe-Etat dem entgegen zu wirken, denn in dem vierten und letzten Alinea des Artikels 62 ist ausdrücklich gesagt worden:

Bei der Feststellung des Militärausgabe-Etats wird die auf Grund dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.

Sie könnten uns also, ohne Ihrerseits sich vom Boden der Verfassung zu entfernen, gar nicht verweigern, wenn eine Präsenzzeit überhaupt nicht nach Artikel 60 der Verfassung gesetzlich festgelegt ist, das Ausgabebudget dementsprechend einzurichten.

Wenn also keine Verständigung, die für die verbündeten Regierungen annehmbar ist, im Hinblick auf die äußere Sicherheit des Deutschen Reichs zu Stande kommt, so liegt durchaus kein Zustand vor, in dem die deutsche Armee von der Bildfläche zu verschwinden hätte, sondern es tritt ganz ein-

fach die größere kaiserliche Machtvollkommenheit, die die Verfassung stipuliert, wieder in Kraft. Um dem Reichstage die Mitwirkung dabei zu bewahren, ist der Artikel 60 geschaffen und ist das Gesetz versprochen, daß die Präsenzstärke, die der Kaiser nicht überschreiten darf, mit Zustimmung des Reichstages, das heißt durch ein Gesetz feststellen soll. Diese Bindung existiert augenblicklich bis 1888 und existiert nur durch dieses Gesetz. Lesen Sie in allen Ihren gesinnungsbefreundeten Rechtsbüchern darüber nach: Kömme, Laband, lesen Sie andere, — Sie werden immer finden, daß die Mitwirkung des Reichstages, der Einfluß des Reichstages auf die Höhe des Heeres allein beruht auf der Fortdauer der Gesetze, die auf Grund von Artikel 60 gemacht werden, und die dem Kaiser in seiner Machtvollkommenheit eine niedrigere Grenze ziehen, als er nach der Verfassung haben würde.

Die Opposition will jedes Jahr einen Streit darüber haben, ob das deutsche Heer bestehen soll oder nicht.

Meine Herren, da ist doch eigentlich gar kein Grund, warum Sie so lüstern nach Krisen sind und alle drei Jahre, ja sogar jedes Jahr denselben Streit haben wollen, ob das deutsche Heer bestehen soll oder nicht; denn wenn Sie in diesem Streite anderer Meinung bleiben als die verbündeten Regierungen, so würde Ihre Meinung nach dem Inhalte der Verfassung von keiner durchschlagenden Wirkung sein. Sie kompromittieren sich ganz ohne Noth darüber in einer Richtung, in der Ihren Willen durchzusetzen Sie nicht die Macht haben, weil Sie das verfassungsmäßige Recht nicht haben.

Sie haben die Verfassung nicht gelesen, wenn Sie glauben können, daß es Ihnen möglich ist, in jedem Jahre durch das Budget die Heeresstärke festzustellen, ohne Rücksicht auf den Kaiser und auf sein Recht, welches auf Artikel 5 der Verfassung beruht, und demzufolge er befugt ist, in Sachen der Militärgeetze jederzeit an denselben Einrichtungen, wie sie bisher bestehen, festzuhalten. „Bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine und die im Artikel 35 bezeichneten Angelegenheiten giebt die Stimme des Präsidiums des Bundesrathes bei Meinungsverschiedenheiten desselben den Ausschlag, wenn sie sich für Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht.“ Die bestehende Einrichtung ist doch immer die Präsenzstärke des vorigen Jahres, und würde insolge des ausschlaggebenden Votums des Kaisers immer in Geltung bleiben, selbst wenn, was nicht denkbar ist, die Majorität des Bundes dagegen stimmte. Die verbündeten Regierungen werden aber vollkommen einstimmig sein, und ein solches Gesetz wird nie und in keinem Jahre zu Stande kommen, welches uns eine unzulängliche Armee durch das Budget oktroyiren wollte. Ich weiß nicht, warum Sie ein Bedürfnis haben, diese Krisen, die sich daran knüpfen, häufiger hervorzuheben, als sie nach dem Kompromiß alle sieben Jahre stattfinden. Wir haben dieses Bedürfnis nicht; wir wünschen keine Krisen und keine Konflikte; wir wünschen an dem Kompromiß festzuhalten, das da ist. Ueber dieses hinaus werden wir uns aber nicht treiben lassen. Wir halten unbedingt an dem vollen Septennat fest und an der ganzen Vorlage, wie wir sie gemacht haben und weichen keinen Nagel breit davon ab. (Bravo! rechts.)

Ohne das Heer gäbe es kein Deutsches Reich, das Heer darf nicht von wechselnden Majoritäten abhängig sein, wir dürfen aus dem kaiserlichen Heer kein Parlamentsheer machen.

Das deutsche Heer ist eine Einrichtung, die von den wechselnden Majori-

täten des Reichstages nicht abhängig sein kann. Wer bürgt uns denn dafür, daß eine Majorität, die sich auf so heterogene Weise zusammensetzt, wie die jetzige, eine dauernde sein werde? Daß die Fixirung der Präsenzstärke von der jetzigen Konstellation und Stimmung des Reichstages abhängen sollte, das ist eine absolute Unmöglichkeit. Streben Sie doch nicht nach solchen Phantasiegebilden, meine Herren. (Bravo! rechts.) Ohne unser deutsches Heer, eine der fundamentalsten Haupteinrichtungen und Grundlagen, ohne das Bedürfnis der gemeinsamen Vertheidigung gegen auswärtige Angriffe wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zu Stande gekommen. Vergewärtigen Sie sich das immer, wenn Sie diese Hauptbedingung seiner Existenz ihm unter den Füßen wegziehen und es gefährden; denn geschützt sein wollen wir Alle, auch Ihre Wähler — rechnen Sie darauf!

Der Versuch, der mit diesen Anträgen gemacht worden ist, den Stand des Heeres von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig zu machen, also mit anderen Worten, aus dem kaiserlichen Heer, das wir bisher in Deutschland haben, ein Parlamentsheer zu machen, ein Heer, für dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben (Heiterkeit links), wird nicht gelingen. Mit anderen Worten: dieses Streben, wenn Sie es haben, liegt ganz außerhalb aller Möglichkeit, und die Thatsache, die bei diesen Verhandlungen zur Kenntniß gekommen, daß es bei uns Leute giebt, die danach streben, die das für möglich halten, verpflichtet uns allein schon, über diese Frage an das Volk, an die Wähler zu appelliren, um zu erfahren, ob es wirklich der Wille der Wähler ist, daß die Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands von der jedesmaligen Abstimmung des Parlamentes in jedem Jahre abhängt, daß die Hälfte der Armee entlassen werden kann, daß die Armee reduziert werden kann auf den einjährigen Dienst, auf das, was die Sozialdemokraten noch bewilligen. Es ist ja auch eine sozialdemokratische Majorität in diesem Hause möglich. — Es kann unmöglich der Wille der deutschen Nation sein, daß sie auf diese Weise in ihrer Wehrhaftigkeit, in der Sicherheit im eigenen Heere abhängig sein soll von den jedes Jahr wechselnden Majoritäten des Parlamentes. Es liegt das ganz außerhalb der Verfassung, und die verbündeten Regierungen wünschen zu einem neuen Kompromiß zu gelangen, aber zu einem siebenjährigen, zu keinem kürzeren. Wir wollen die Krisen und die Gefahr der Konflikte nicht häufen, und wir wollen den Gedanken nicht aufkommen lassen, als wären Sie überhaupt berechtigt, einseitig ohne die Mitwirkung des Bundesrathes und des Kaisers über den Bestand des deutschen Heeres zu verfügen. Gegen diesen Gedanken allein würden wir schon an die Wähler appelliren, ob dies der Wille des Volkes ist; und die verbündeten Regierungen sind ihrerseits entschlossen, mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses im Reiche und im Volke für die Aufrechterhaltung der Wehrhaftigkeit Deutschlands und des Heeres einzutreten. (Bravo!)

Von Sr. Majestät dem Kaiser werden Sie doch unmöglich erwarten, daß er in seinem 90. Lebensjahre nun das Werk desavouirt und zu seiner Zersetzung mitwirken will, dem er die letzten 30 Jahre seines Lebens gewidmet hat, der Schöpfung des Deutschen Heeres und der Schöpfung des Deutschen Reiches. Wenn Sie das glauben, wenn Sie irgend durch Ihr Verhalten uns die Ueberzeugung geben, daß Sie dahin streben; wenn Sie nicht durch eine baldige und vollständige Annahme unserer Vorlage die Sorge der verbündeten Regierungen um die Wehrhaftigkeit Deutschlands befriedigen, dann ziehen wir es vor, die Unterhandlungen mit einem anderen Reichstage, als den ich hier vor mir sehe, mit Aussicht auf mehr Erfolg fortzusetzen. (Bravo!) und dieser Entschluß

liegt seiner Ausführung sehr viel näher, als Sie annehmen.

Wir werden uns nicht auf lange Verhandlungen mehr einlassen, sondern die Gefahr, in die wir das deutsche Volk durch Verschleppung und Verzögerung möglicherweise setzen können — ich sage nicht nothwendigerweise — wird uns zwingen, darüber bald eine Gewißheit zu haben oder bald mit anderen Leuten zu reden, die uns Gewißheit geben. (Lebhaftes Bravo.)

In derselben Sitzung ergriff

Fürst Bismarck

nach zweimal das Wort, das eine Mal nach dem Abg. Sobrecht.

Frankreich wird auch loschlagen wegen innerer Schwierigkeiten.

Ich habe in der Hauptsache noch mal um das Wort gebeten, um eine Vergessenheit wieder gut zu machen, die ich vorher bei der Reichhaltigkeit des Stoffes begangen habe. Ich habe die Fälle, in denen wir, meiner Ansicht nach, unter Umständen einen Angriff von Frankreich zu erwarten haben, nicht so vollständig klar gestellt, wie ich beabsichtigte; ich habe nur den Fall erwähnt, daß eine französische Regierung aus Ruher kommen könnte, die glaubte, uns an Rüstungen und Kraft so weit überlegen zu sein, daß sie des Sieges sicher wäre — wenigstens dieselbe Sicherheit hätte, welche die französische Armee im Jahre 1870 hatte, als sie gegen uns in den Krieg zog; ich habe aber einen anderen Fall, bei dem eine solche Siegesicherheit gar nicht so absolut nothwendig ist, und den ich erwähnen wollte, übergangen, einen Fall, der doch auch ein ziemlich breites Feld in den Konjunkturen einnimmt, die wir machen müssen, wenn wir auf Alles gerüstet sein wollen.

Das ist der Fall, daß ähnlich wie unter dem dritten Napoleon die Unternehmungen nach außen hin als ein Sicherheitsventil für die inneren Angelegenheiten dienen sollten (sehr richtig! rechts), daß man im Innern gewissermaßen nicht mehr weiß, wo aus noch ein, daß man in der Verlegenheit ist, aus der man sich dadurch zu ziehen sucht, daß man auf seinen friedliebenden Nachbar einhaut. Es wäre das namentlich ja möglich, wenn in Frankreich eine Regierung von militärischen Neigungen aus Ruher käme. (Hört! hört! rechts.) Ich will noch gar nicht sagen: eine militärische Diktatur, aber doch eine Regierung, die sich sagte: ich weiß nicht, ob wir uns, wenn wir lediglich die inneren Fragen ansehen, hier werden halten können; wenn es uns aber gelingt, einen populären Krieg zu entzünden, so haben wir immer noch die Chance, daß wir uns halten, wenn wir siegen; werden wir geschlagen, dann ist es nicht schlimmer, als wenn wir so zur Abtretung genöthigt werden, und wir haben dann wenigstens die ganze große Tragfähigkeit des französischen Patriotismus, der auch für eine geschlagene Regierung unter Umständen Partei nimmt, und der sich entzündet, wenn Frankreich im Krieg ist. In Frankreich ist eine Redensart: dieser Regierung keinen Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht! — ja absolut unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Da stellt sich jeder Franzose; der päpstliche Zuave und der Sozialdemokrat dienen alle unter einem Regiment, sowie das Vaterland in Gefahr ist. Bei uns — ich kanns nicht finden! (Unruhe im Centrum und links.) — Doch? glauben Sie? Ich will es abwarten.

Also diese Möglichkeit liegt doch auch vor. Wenn Napoleon III. den Feldzug 1870 gegen uns, einen großen und schweren Krieg, der ihm den Thron

kostete, — in keiner Weise durch das Ausland genöthigt, unternahm, lediglich weil er glaubte, daß das seine Regierung im Inlande befestigen würde, — warum sollte dann nicht z. B. der General Boulanger, wenn er aus Rußland käme, dasselbe versuchen? (Sehr richtig! rechts.) Ich würde ihm gar nicht einmal ein Verbrechen daraus machen, ich würde ihn gar nicht einmal beschuldigen, daß er dabei persönlichen Instinkten folge; ich würde immer annehmen, was ich von jedem französischen Offizier voraussetze — und auch von jedem deutschen natürlich —, daß er glaubte, auf diese Weise seinem Vaterlande besser zu dienen, als wenn er es unterließe. Ich würde ihm persönlich einen Vorwurf nicht machen. Aber das kann uns nicht abhalten, uns auch für den Fall einzurichten, daß Frankreich uns nicht überlegen zu sein glaubt, aber doch die Chance auszunutzen will, ob eine Regierung sich nicht durch einen Krieg noch halten kann, wenn sie durch den Frieden nicht haltbar wäre. Napoleon hat das gemacht; warum sollten es seine Nachfolger nicht machen; wenn wir uns eine Militärdiktatur in Frankreich als möglich denken — und sie ist so oft dagewesen — warum sollte es nicht sein?

Die Möglichkeit einer baldigen Kriegsgefahr macht die sofortige Annahme der Militärvorlage nöthig.

Nachdem ich einmal das Wort genommen habe, möchte ich dem Herrn Vorredner noch auf eine Frage erwidern, die er sich nicht angeeignet hat, aber die er doch wiederum gestellt hat: warum eigentlich das Ende des Septennats nicht abgewartet werde. Nun es ist ja das eigentliche Septennat an sich doch mit der Verstärkung, die wir haben wollen, nur eine Berechnung auf eine Zukunft, die wir möglichst fern wünschen, der gegenüber wir aber gewappnet sein müssen. Aber eins glauben wir gleich vom 1. April 1887 in Aussicht nehmen zu sollen: das ist die Verstärkung unserer Grenzbeobachtungen, die stärkere Besetzung der Vogesen-, Jura- und anderer Pässe und namentlich auch der Schwarzwaldpässe gegen den möglichen Einbruch über das, was wir die troncée de Belfort nennen. Diese Verstärkung schon vom 1. April d. J. ab in Wirksamkeit treten lassen, das können wir budgetmäßig nicht, wenn wir nicht Ihre Bewilligung haben; die Mittel dafür, um so viel mehr Urlauber, Dispositionsurlauber heranzuziehen, haben wir nicht. Wenn durch eine Auflösung, die dazwischen träte, die Zeit vergehen sollte, so würde die Regierung vielleicht sich genöthigt sehen, von den Möglichkeiten, die ihr das Militärgesetz bietet, momentan, weil sie fürchtet, die Kriegsgefahr zu verstärken, Gebrauch zu machen, und nachher die Indemnität dafür zu fordern haben.

Ich habe vorher schon gesagt, der Ausbruch des Krieges kann zehn Jahre dauern, er kann aber auch in zehn Tagen eintreten. Wenn er nun in zehn Wochen eintritt, dann müßten wir schon die 40 000 Mann zur Verfügung haben, und selbst wenn wir uns mit diesem Reichstage über das, was wir für unentbehrlich halten für die Sicherheit Deutschlands, nicht einigen sollten, würden wir doch gewisse Vorkehrungen schon treffen müssen, wenn gegen unsere Ueberzeugung das gegenwärtige friedlich gesinnte Ministerium in Frankreich früher abtreten sollte, als wir wünschen. Wir wünschen ihm eine möglichst lange Dauer, weil wir glauben, daß, so lange dies Ministerium dauert, wir Friedensstörungen nicht zu befürchten haben. Sie können mir darauf vielleicht mit einigem Recht erwidern: wenn eine so wichtige Frage vorliegt, wo die Sicherheit des Reiches auf dem Spiele steht, dann hätte man die Bevölkerung schon früher darauf vorbereiten müssen, vielleicht schon vor zwei Jahren bei den Wahlen. Wir hatten aber immer noch die Hoffnung, daß es uns gelingen würde, die Stimmung in Frankreich zu besänftigen; nachdem wir indes 16 Jahre uns vergeblich bemüht haben, die Revanche-Ideen zu beruhigen, und abgewartet haben, ob nicht endlich

eine Regierung sich fände, die den Muth und die Kraft habe, den status quo, wie er ist, als einen dauernden zu acceptiren, haben wir uns schließlich doch sagen müssen, daß es loves labour lost (verlorene Liebesmühe) wäre, daß unsere Liebesbemühungen ganz umsonst gewesen sind. Wir haben uns schwer dazu entschlossen, und diese ganze Aeußerung, die ich heute ausspreche, hätte ich lieber zurückgehalten; wenn sie nicht notwendig gewesen wäre, um die Zustimmung des Reichstages zu gewinnen, wäre es mir lieber gewesen. Ich weiß auch nicht, ob ich sie gewinnen werde.

Sie hätten also vielleicht verlangen können, wir hätten früher auflösen sollen, ad hoc für diese Frage, damit die Wähler in der Lage seien, zu wissen bei den Neuwahlen: es handelt sich darum, ob die Sicherung gegen auswärtige Angriffe verstärkt werden soll oder ob sie nur die gegenwärtige unzulängliche bleiben soll. Es ist ganz richtig, man muß für eine so wichtige Frage eigentlich vorher auflösen und die Neuwahlen ad hoc veranlassen. Wir sind überhaupt viel zu ängstlich in Bezug auf die Auflösungen. (Heiterkeit.) In England löst man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, mit dem Nachfolger sich leichter verständigen zu können als mit dem gegenwärtigen. Darauf bin ich jedoch nicht gekommen. Ich rechne auf gemeinsame Arbeit, nicht auf Parteeinflüsse. Unterblieben ist die Auflösung hauptsächlich deshalb, weil wir gar nicht darauf gefaßt waren, daß diese mäßigen Forderungen für die Verstärkungen der Wehrkraft überhaupt auf Widerstand stoßen würden. Hätten wir das vorher mit einiger Sicherheit wissen können, so hätten wir allerdings mehr Zeit gewonnen, wenn wir uns in einer kaiserlichen Proklamation an das Volk gewandt hätten, auf die Bedenken der militärischen Autoritäten darin aufmerksam gemacht und die Wähler klar vor die Frage gestellt hätten: wollt ihr, daß Deutschland stärker geschützt werde, als es bisher gewesen ist, oder wollt ihr es nicht? Das ist nicht geschehen. Es wird aber unzweifelhaft geschehen müssen, wenn Sie uns nicht in den Stand setzen, diesen Schutz zu verwirklichen. (Bravo! rechts.)

(Nach dem Abg. Windthorst.)

Soll das Reich durch ein kaiserliches Heer oder durch ein Parlamentärheer geschützt werden?

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, wir lösten auf wegen der Frage, ob das Ganze, was er zu bewilligen behauptet, auf ein Jahr oder auf drei Jahre bewilligt werde — überhaupt wegen der Zeitfrage. Das ist doch nicht ganz richtig. Wenn wir auflösen, das heißt, wenn Sie die Vorlage ablehnen, — daß wir dann auflösen, darüber habe ich doch gehofft, jedes Mißverständnis zu beseitigen durch meine erste Aeußerung (Heiterkeit), — also wenn wir auflösen, so ist es nicht wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Principienfrage, ob das Deutsche Reich durch ein kaiserliches Heer oder durch ein Parlamentärheer geschützt werden soll! (Lebhaftes Bravo rechts. Oh! oh! links.) Das schreiben wir auf unsere Fahne bei der Auflösung, ob die wechselnde Majorität, die ich nur als die Majorität Windthorst-Richter (Rufe: Grillenberger!) bezeichnen kann — ich möchte das Uebrige, was zur Verfügung, zur vasallitischen Verfügung des Herrn Windthorst steht, gar nicht weiter aufzählen —, ob die alle Jahre oder alle 2 oder 3 Jahre darüber bestimmen soll, ob Deutschland seine Armee, wie sie in der Verfassung grundrechtlich niedergelegt worden ist, behalten soll, oder ob sie reduziert werden kann. Darüber werden wir abstimmen, darüber werden wir wählen. (Zuruf: Marine!)

Nun, meine Herren, die Marine ist nie angefochten worden, sie hat immer ein liberales Wohl-

wollen für sich gehabt. Sie hat von Anfang an z. B. den Herrn Abg. Richter für sich gehabt, das ist doch schon etwas werth. (Heiterkeit rechts.)

Der Abgeordnete Richter hat früher den General v. Stosch als Chef der Marine in einer Weise unterstützt — ja, wenn er den Kriegsminister so unterstützte, so würden wir auch in Bezug auf die Landarmee ein anderes Vertrauen zum Reichstag haben können.

Seitdem der deutsche Reichstag für die polnische Nationalität eingetreten ist, hat er sich das Vertrauen verscherzt.

Unser Vertrauen ist überhaupt zum Reichstag vor Jahren größer gewesen, es hat allmählig abgenommen. Es hat den schwersten Stoß bekommen, als wir in diesem Reichstag eine polnische Majorität gegen deutsche Interessen erlebten. (Oh! oh! links.) Es hat den schwersten Stoß bekommen durch einen Eingriff zu Gunsten der polnischen Nationalität in die Unabhängigkeit der preussischen Verwaltung. Da, meine Herren, habe ich die Hoffnung auf Sie aufgegeben; wir hätten damals auflösen sollen wegen ihres Polonismus, dann wäre der ganze Bulgarismus nachher nicht gekommen. (Heiterkeit.) Ich bin der Sache nur deshalb nicht näher getreten, weil wir den Polonismus noch eine Zeit lang aushalten können; aber Wehrlosigkeit können wir nicht zehn Minuten aushalten. Werden wir da an die Wand gedrückt, so werden wir uns wehren mit der ganzen Entschlossenheit, die uns das Gefühl einer gerechten Sache giebt.

Patriotische Männer müssen gewählt werden, welche in der Frage der Wehrhaftigkeit sich nicht von Parteeinflüssen leiten lassen.

Der Herr Abgeordnete hat gemeint, wir verlangten durch die Auflösung, daß Männer gewählt werden sollten, die Alles unterschrieben, die Alles acceptirten, was der Reichstanzler will. Das ist ja eine Uebertreibung, die ich von dem Herrn in seinen Jahren doch kaum noch vermuthet hätte. (Heiterkeit rechts.) Uebertreibungen lassen sich bei jugendlichen Leuten rechtfertigen, aber so alt, wie wir Beide sind, sollten wir uns doch mit Dergleichen verschonen. Es kommt uns nur darauf an, Leute gewählt zu sehen, die mit demselben Patriotismus, mit derselben Zurückstellung der Parteeinflüsse gegenüber der Frage des Patriotismus für unsere Wehrhaftigkeit stimmen, wie das in allen anderen Ländern, mit alleiniger Ausnahme von Deutschland, der Fall ist, soweit parlamentarische Einrichtungen bestehen. (Oh! oh! links; Bravo! rechts.)

Die Nörgelei des Parlaments — eine echt deutsche Eigenthümlichkeit.

Die Nörgelei des Parlaments gegenüber Forderungen der Regierung, die der Sicherheit des Landes gelten, ist nur eine echt deutsche Eigenthümlichkeit; ich weiß nicht, ob ich ihr verfallen würde, wenn ich Abgeordneter wäre; ich glaube nicht. Meine Herren, Sie sind damit auf einen falschen Strang gerathen; überhaupt, ich rathe Ihnen: bremsen Sie so früh wie möglich. Die politischen Wege sind nicht so, wie wenn man sich auf freiem Felde zu Fuß begegnet. Da ist das Ausweichen unter Umständen nicht mehr möglich, und namentlich nicht mehr möglich, wo es sich um unsere Sicherheit handelt.

[Am 12. Januar.]

Der Reichskanzler widerlegt die Behauptungen des Abg. Windthorst über die Stimmung der Arbeiter.

Der Herr Abgeordnete hat mit einem gewissen Pathos, das mir bewies, daß er darauf Werth legte, gesagt, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern, und hat dadurch einen gewissen sozialistischen Ton angeschlagen, den wir neuerdings in den Zeitungen, besonders in der „Germania“, gefunden haben. In der „Germania“ geht es ja bis zum Hehen zum Klassenhaß. Ich hatte den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete, als er das sagte, sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrt und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaubte, daß er die Arbeiterfrage nur einschoben wollte, weil die Arbeiter eine ganze Menge Stimmen haben. Er sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich sehe gewöhnlich in jedem Jahre, glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so giebt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es giebt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand giebt, mich bittet, hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte. Ich kenne deshalb auch die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne: für die Sicherheit des Reiches einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen auf des Königs Ruf, jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit, jeden Tag und alle ohne Ausnahme. (Bravo.) Sie beurtheilen unsere Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finasterien (Spisfindigkeiten) über den Gewinn von parlamentarischem Uebergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter beherrscht zu werden, als von der Regierung des Königs. Das sind alles Irrthümer, und das haftet bei den Leuten auch nicht; das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurtheilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben — eigentlich Arbeiter sind sie nicht mehr.

Die Regierungen halten, was da auch kommen möge, fest an der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Verstärkung der Wehrkraft und lassen sich durch den Reichstag von der Erfüllung ihrer Pflicht nicht abbringen.

Auf die Haltung der Regierungen können die Wahlen ja keinen Einfluß haben; die Regierungen haben ihre Ueberzeugung festgelegt, nicht nach dem Wunsch des Reichstags oder nach dem Ausfall der Wahlen, sondern ausschließlich nach ihrem Pflichtgefühl, nach ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes und für seine Unabhängigkeit und die Integrität unseres Landes. Diese Erwägungen werden dieselben bleiben, auch wenn genau derselbe Reichstag, mit derselben Majorität, wieder vor uns steht. Durch ein nochmaliges Urtheil des Reichstags kann die Verpflichtung der Regierung, ihrerseits als dauerndes und nicht wechselndes Element für die dauernde, fundamentale Institution unserer Verfassung, das Heer, zu sorgen, nicht erledigt werden; — die Verpflichtung bleibt auf den Regierungen lasten.

Keine Verfassung kann ohne Kompromiß existiren. Wenn Sie vom Kompromiß abgehen, wie wir dasselbe Ihnen wiederum anbieten, so schaffen Sie eine Situation, die immer von Neuem auf den Konflikt mit Nothwendigkeit hindrängt. Sie verlangen wegen des Ausfalles der Wahlen, wenn dieser nach Ihren Wünschen ausfiele, daß die Regierungen ihre Ueberzeugungen ändern und dann sagen sollen: alles das, was wir vor einigen Monaten behauptet haben — wir geben zu, daß es ein Irrthum ist; oder daß wir sagen: wir geben es nicht zu, wir halten es für die volle Wahrheit, wir sind nach wie vor bedroht; aber aus Freigebigkeit vor dem neugewählten Reichstag thun wir unsere Pflicht nicht und wollen das deutsche Volk minder wehrhaft sein lassen, als es sein kann, das können Sie von den Regierungen nicht und namentlich nicht von so starken monarchischen Regierungen, wie sie im Bundesrath sitzen, erwarten. Ich wiederhole, was ich gestern sagte: Sie kompromittiren sich ganz unnütz für ein Spiel, indem der Trick für Sie gar nicht in den Karten steckt, wo gar nichts zu gewinnen ist.

Nicht die Opposition, sondern die Regierungen treten für Verfassung und die Volksrechte ein.

Der Abgeordnete Windthorst hat vorhin um den Mangel an zutreffender Schärfe in seiner Deduktion auszugleichen, mit sehr gehobenem Tone seinen Entschluß kundgegeben, für die Verfassung und für die Volksrechte einzutreten. Ja, meine Herren, das sind gerade wir, die hier für die Verfassung und für die Volksrechte eintreten; die Verfassung ist auf unserer Seite und

das Wohl des Volks. — Ich weiß nicht, ich hörte einen unartikulirten Ton, der vielleicht einen Zweifel an dem ausdrückte; aber ich bin ganz bereit, darüber Rede zu stehen. Ich habe das gestern schon entwickelt: die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite; und der Herr Vorredner hat auch, um die Schwäche seiner Beweisführung — trotz des gehobenen Tones blieb sie erkennbar — zu verdecken, plötzlich die preussische Verfassung herangezogen und die Thatsache, daß die beschworene wäre. Ja, die wird bestehen bleiben; auch die deutsche Verfassung wird bestehen bleiben. (Bravo!) Das sind ja eben Sie, die dagegen ankämpfen, gegen die verfassungsmäßige Institution einer kaiserlichen und dauernden Armee; Sie wollen sie zu einer Parlamentsarmee machen. Ich nenne eine Parlamentsarmee eine solche, deren Bestand von der wechselnden Majorität des Parlaments abhängig ist. Das hat die Verfassung nicht gewollt.

Die Regierung hat, als das Reich begründet wurde, nicht geglaubt, jemals zu solchen elenden Streitigkeiten mit dem Reichstag zu gelangen.

Hätten wir das, als die Verfassung gemacht wurde, gewußt, daß wir je einem Reichstag mit einer solchen Majorität uns gegenüber befinden würden, oder daß diese Forderung jemals aufgestellt werden würde von einem Reichstag, dessen Majorität für die polnischen Interessen gegen die deutschen gestimmt hat, — hätten wir das voraussehen können, dann hätten wir dem Reichstag nicht, als wir die Verfassung machten, — ich habe den ersten Entwurf gemacht — solche Rechte, wie wir ihm gemacht haben, bewilligt, weil wir es gefürchtet hätten, das Vaterland in Gefahr zu bringen. Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstages gerechnet, auf eine ganz andere Wirkung der Institution und der erhebenden, begeisterten Thatsache, daß die deutsche Nation nach Jahrhunderten des Leidens endlich einmal einig ist, sicher in ihrer politischen Existenz, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland, sicher, in Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten berathen zu können; wir haben geglaubt, daß das so erhebend wirken werde auf Leute, die die Entbehrung von allen diesen Dingen auf sich haben lasten gefühlt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten, wie sie hier vorliegen, nie gelangen würden. (Lebhaftes Bravo rechts.) Darin haben wir uns geirrt! Auch das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat, um die Rolle zu spielen, die Sie jetzt spielen. (Bravo! rechts; Bischen im Centrum und links.)